

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 16.

Sonnabend, den 18. April 1908.

12. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks und Sperren. — Vom Verbandstag. — Das Reichsversicherungsamt 1907. II. Teil. — Wirtschaftliche Rundschau. — Korrespondenzen. — Die Verschmelzung von Zahlstellen. — Submissionen. — Ein Trieb der Berufsgenossenschaften. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Unser Kasseler Verbandstag. — Die egoistischen Interessen der Großen sind die Ideale der Kleinen. — Vorfrühling. — Aphorismen. — Der 3. internationale Steinarbeiterkongress. — Literarisches.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperet sind: Limbricht bei Wenzel: Die Firma Bürger. Meissen: Die Firma Köhler. Weda: Gummersbacher Brauware-Gesellschaft.

Freiburg (Baden). Die Tarifverhandlungen sind gescheitert. Zugang ist in Anbetracht der sehr schwierigen Situation streng fernzuhalten.

Wirsberg (Fichtelgebirge). Die Granitarbeiter stehen im Streik. 20 Kollegen sind abgereist. Der Steinmetz Joh. Giehl aus Fuchsmühl ist aus dem Verbandsverbande ausgetreten; er wirkt als Agent der Firma Bergmann im Fichtelgebirge Arbeitswillige an.

Barmen-Elberfeld. Der Streik dauert unverändert weiter. Die Unternehmer weigerten sich, eine Arbeitszeitverkürzung zu gewähren.

Königsbrück u. Sausnitz. Die Kollegen sind am 16. März in den Streik getreten. Den Pflasterern wurden ungeheure Lohnreduzierungen angedroht. Die Unternehmer haben eine schwarze Liste verfaßt. 43 Streikführer sind davon benannt. Unterzeichnet ist der Witz: „Bereinigung der Hartsteinindustriellen in der Oberlausitz.“ Die Liste verfehlt natürlich ihren Zweck vollständig, denn etwa 60 Kollegen sind schon anderweitig untergebracht.

Weiter erfahren wir, daß ein Agent aus Königsbrück in Tittling und Hauzenberg seine verwerfliche Tätigkeit ausübt. Der Agent warb Pflasterer an, fuhr mit den Leuten nach Linz (Oberösterreich) und dann ging der Transport durch Böhmen nach der Lausitz. Wie uns gemeldet wird, sind aus der Hauzenberger Gegend (Niederbayern) zwölf Pflasterer mit ihren Familien und Möbeln angekommen. Die Zugereisten verweigerten die Arbeit; aber es ist unbegreiflich, wie man den Unternehmeragenten so blindlings Glauben schenken kann. Also Vorsicht bei der Abreise!

Flöß (Oberpfalz). Die Firma Bette hat unseren Vertrauensmann gemahregelt. Der Grund hierzu ist, daß er bei der Lohnbewegung die Interessen der Kollegen in geschickter Weise vertret.

Wien. Die Lohnbewegung der Schleifer bei der Firma Weiß ist zu unseren Gunsten erledigt. Die Firma hat nachträglich ein Kommissionsmitglied gemahregelt, trotzdem sie laut Inserat Profilsteinmetzen sucht.

Metten, Edenstetten, Bühlberg, Aunkirchen und Tittling. Die Tarifverhandlungen, welche am 24. März in Paffau begonnen hatten, sind bis zum 22. April verschoben worden. Die Unternehmer wollen den von Wittenmeier eingereichten Bezirksstaris während dieser Zeit prüfen. Die neuen Verhandlungen finden am 22. ds. Mts. in Plattling unter dem Vorsitz des königlichen Gewerberat, Herrn Dr. Rüd., statt.

Hiel. Die Granitschleifer erzielten bei der abgeschlossenen Lohnbewegung eine Lohnerhöhung um 4 Prozent; 1909 kommt eine weitere Erhöhung um 6 Prozent hinzu. Die Arbeitszeit wurde wöchentlich auf 57 Stunden festgesetzt. Wegen das Vorjahr bedeutet das eine Reduzierung um 3 Stunden pro Woche. Die Abmachung kommt 82 Kollegen zugute.

Brandenburg (Cabel). Die Steinmetzen legten wegen glatter Ablehnung aller Forderungen am 29. März die Arbeit nieder.

Hamburg I. Die Kollegen der Sandsteinbranche sollten Streikarbeit anfertigen. Auch weigerten sich die Unternehmer, auf den bisherigen Tarif wesentliche Zugeständnisse zu machen. Die Kollegen stellten am 2. April die Arbeit ein.

Hamburg II. Die Marmorarbeiter sind am 31. März in den Streik getreten.

Strasburg (Elsaß). Die Unternehmer verzögern die Tarifverhandlungen. Zugang ist fernzuhalten.

Bochum i. Westf. Den Kollegen bei der Firma Schöttler, die einen Steinbruch in Wiemelhausen bei Bochum betreibt, war am 1. April mitgeteilt worden, daß die Akfordpreise um 15 Prozent reduziert werden sollen. Daraufhin legten sämtliche beschäftigten Kollegen die Arbeit nieder. Nach einem Streik von einem Tage erklärte die Firma, den Lohn wie bisher weiter zu zahlen; es will aber, wie verlautet, die Firma beabsichtigen, am 15. April die Löhne erneut zu kürzen. Die Firma Schöttler ist deshalb bis zur endgültigen Erledigung der Angelegenheit gesperrt.

Striegau-Gutsdorf. In den Granitbetrieben der Firma Zachmann ist einer Anzahl Kollegen gekündigt worden. Wir vermögen nun nicht festzustellen, ob Arbeitsmangel odere andere Umstände Anlaß zur Kündigung gaben. Es wird somit vor Zugang gewarnt.

Frankfurt a. O. Die Lohnbewegung endete mit einem vollen Erfolg für die Kollegen. Der Stundenlohn wurde um 5 Pfg. erhöht.

Neuenstein. Mit den Unternehmern kam ohne ArbeitsEinstellung ein Tarif zum Abschluß.

Stettin. Zugang ist fernzuhalten.

Springe. Am 4. April legten sämtliche Steinhauer von Springe und Altenhagen die Arbeit nieder. Die Tarifverhandlungen konnten zu keinem befriedigenden Abschluß gebracht werden.

Jena. Mit der Firma Konradus kam ein Tarif zum Abschluß. Die Sperrung ist somit aufgehoben.

Gera. Hier stehen ernste Differenzen bevor.

Gundisburg. Der Streik ist beendet. Es konnten keine Lohnreduzierungen erzielt werden. Der Tarif soll in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen.

Strödel. Der Grubenbruch, der Firma Schall gehörig, ist gesperrt.

Stadtlohn. Platz Reingamp ist gesperrt.

Halle a. S. Der Stundenlohn wurde von 55 auf 60 Pfg. erhöht.

Vom Verbandstag.

Es war ein stattliches Parlament, das vorige Woche in Kassel tagte. 67 Delegierte bildeten die Ausgewählten unserer Verbandsmitglieder. Auch die Gauleiter waren erschienen, um ihre reichen Erfahrungen auf dem Verbandstage zu vertieren. Die Vorsitzenden des Zentral- und Verbandsauschusses haben seit Bestehen unserer Organisation die Verpflichtung, auf unsern Tagungen anwesend zu sein. Auch sie haben ein großes Maß von Wissen im Laufe der Jahre sammeln können, denn sie sind mit den internen Organisationsfragen eingehend vertraut. Der Zentralvorstand war in voller Stärke vertreten, desgleichen war auch der Redakteur anwesend.

Die Eröffnung ging glatt vonstatten; die Einrichtung des Saales war eine recht freundliche, so daß schon bei der Eröffnung eine gewisse Harmonie zum Ausdruck kam. Unsere wertige Mitarbeiterin Jenny Horn (Hamburg) hatte uns ein schönes Begrüßungsgebet überreicht, bei der Verlesung desselben wurde lebhafter Beifall vernnehmbar. Die Wahl des Bureaus ging glatt vonstatten. Die Zusammensetzung der verschiedenen Kommissionen muß ebenfalls eine sehr glückliche genannt werden. Besonders in der Beschwerdekommision sollen keine Weichlinge gefessen haben; ironisch wurde sie auch „Sängerkommision“ genannt. Es muß gesagt werden, daß es keine Unnehmlichkeit war, in einer der drei Kommissionen zu sitzen. Arbeit gab es genügend, auch an Verdruss fehlte es nicht. Es ist keine Kleinigkeit, zuerst den Plenumsverhandlungen zu folgen, und dann, wenn schon eine gewisse Abgespanntheit eingetreten ist, noch stundenlang separate Verhandlungen zu pflegen.

Ueber den gegebenen Geschäftsbericht wurde schon in der letzten Nummer berichtet. Am meisten wurden von der Kritik die Kollegen Starke und Staudinger betroffen. Ersterer wegen seines Tones, der im Briefwechsel zum Ausdruck kam, letzterer deshalb, weil er unsere Erfolge durch Streiks zu stark betonte. Was den Kollegen Starke anbetrifft, so ist es erklärlich, daß die Schale des Jornes über ihn, als Vorsitzenden, ergossen wird. Der Redakteur meinte, auch er könne in Zukunft keine Besserung geloben; es sei seine Pflicht, streng wahrheitsgemäß unsere Erfolge im Steinarbeiter zu buchen. Ein Redner meinte sogar: „In den letzten Monaten hätte der Redakteur den Raum des Blattes für seine Geistesprodukte über Gebühr in Anspruch genommen.“ Diese Kritik besagte aber auch, daß der Redakteur nicht gesaulen hat. Trotz dieser oder jener Bemängelung konnte aber kein Redner sagen, daß durch den Redakteur vielleicht die gegnerische Meinung unterdrückt worden wäre. Kollege Starke war in seinem Schlüsselwort sehr geschickt, insbesondere wie er auseinanderlegte, daß er sich unmöglich einen Diplomaten ange-wöhnen könne.

Zum Punkt Streiks und Tarifwesen referierte der Redakteur unseres Verbandsorgans. Die Debatte war eine sehr eingehende. Manche Mißbilligkeit zwischen Verbandsleitung und etlichen Zahlstellenverwaltungen wurde ausgeglichen. Aus den Reden der Delegierten ging hervor, daß wir einen großen Teil sehr geschulter Verbandsmitglieder aufweisen. Recht scharf pointiert sprach zu diesem Punkt Kollege Rother-Rückers. Seine sachgemäßen Ausführungen wurden mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Wir haben das Empfinden, daß die gepflogene Debatte sehr anregend auf den Verbandstag gewirkt hat.

Ganz von der Kritik wurde der Kassierer Geist ver-schont. Dieser hat geradezu glänzend in Kassel abge-schnitten. Ueber seine Kassenerführung wurden nicht die geringsten Monitas laut. Die übrigen Kritisierten trösteten sich damit, daß es ihnen beim nächsten Verbandstag auch so, wie meinen wie unsern Kassierer, ergehen möchte.

In einer sehr eindrucksvollen Rede sprach Kollege Bie-tzig-Hannover über Agitation. Ohne Ueberhebung kann gesagt werden, das Referat war aus einem Guß. Wiemig verstand es, die Hörer zu fesseln; seine drastischen

Argumente erwiesen sich als sehr beweiskräftig. Dann kam dem Referent zugute, daß er seit 14 Jahren hervor-ragend agitatorisch im Verband tätig ist, und unsere Or-ganisationsentwicklung bis ins kleinste Detail kennt. Man hörte aus jedem Satz, daß hier ein erfahrener Prak-tiker sprach. Die lebendigen Ausführungen, gepaart mit scharfer Logik, boten sehr viel des Lehrreichen.

Die Diskussion zu diesem Punkt war eine sehr rege. Sehr liebevoll nahm sich Kollege Müller-Wildemann der Pflastersteinarbeiter an. Es war sehr erfreulich, wie unser alter Müller in äußerst gewählter Sprechweise die Interessen seiner engeren Berufsfreunde vertrat. Wir müssen aus Gründen der Objektivität allerdings kon-statieren, daß im Verband in der Agitation keine Branche unberücksichtigt bleibt. Aber was Müller-Wildemann sagte, freute uns köstlich, weil aus jedem Worte herborging, wie stark ihm die Entwicklung des Verbandes am Herzen liegt.

Ein Schauspiel für Götter war es, daß die meisten Delegierten aus dem Fichtelgebirge den zweiten besoldeten Gauleiter für Bayern ablehnten. Ueber die Notwendig-keit einer solchen Anstellung war sich der Verbandstag ziemlich einmütig einig. Aber weil zuvor bei der Ab-stimmung diverse Lokalbeamte abgelehnt wurden, deshalb, und nur deshalb stimmte eine nicht unbedeutende Min-derheit gegen den zweiten Gauleiter für Bayern. Die Fichtelgebirgskollegen wollten einen Bezirksleiter, besser wohl gesagt, einen Lokalbeamten. Ihr Antrag fand keine Mehrheit, ergo stimmten sie gegen den Gauleiterposten. Eine solche Kirchturnspolitik à la Schilda ist uns erfreu-licherweise noch nicht erinnerlich.

Die Anträge, die auf Anstellung von Bezirksleitern Bezug hatten, wurden abgelehnt. Die Verbandsleitung wird in Zukunft von Fall zu Fall entscheiden, wo sich eine solche Anstellung nötig macht.

Allgemein war der Verbandstag der Meinung, daß die Gauleiter zuviel mit Kleinarbeit überlastet sind, ihnen also Zeit zu einer großzügigen Agitation gar nicht übrig bleibt. Ein Redner betonte, daß eine Zahlstelle des 6. Gauces den Gauleiter im Jahre 1907 nicht öfter als wie siebenmal in Anspruch nahm. Unter solchen Um-ständen ist es begreiflich, wenn die Gauleiter für die Mit-gliederwerbung nicht viel tun konnten.

Wenigstens wurde gewünscht, daß in Zukunft bezüg-lich der Mitgliederwerbung mehr Energie, wie das ver-fl.ene Jahr, entfaltet werden möchte. Ganz und gar unsere Meinung.

Daß die Verbandsleitung in bezug auf Agitation in den letzten Jahren keine Mittel scheute, geht aus den Summen hervor, die hierfür ausgegeben wurden.

1905	13 865.42 M.
1906	25 969.25 "
1907	34 457.71 "

Die Steigerung von 1906/07 ist sehr stark, trotzdem war die Mitgliederzunahme keine befriedigende. Unsere Aufgabe muß es sein, immer mehr die Bruchgebiete zu erobern, dort liegt unsere Zukunft.

Unter großer Aufmerksamkeit begann am Freitag früh Kollege Walter sein umfassendes Referat über den Punkt Organisation. Bei dieser Materie kam ja die vielbesprochene Erwerbslosenunterstützung zur ein-gehenden Erörterung. Zur Organisationsfrage hatte der Referent ein geradezu immenses Material vorgetragen. Die einzelnen Anträge begründete er in gründlich-ster Weise. Verschiedentlich hörte man die Bemerkung: Jetzt werden ja alle Anträge rasier. Zur Frage der Erwerbslosenunterstützung betonte Referent, daß die Redner unter allen Umständen prüfen sollen, ob eine durchschnit-tliche Erhöhung um 20 Pfg. pro Woche möglich ist. Die Agitatoren müssen hierzu sich unverzüglich äußern. Kol-l. Walter hat zu seinem Referat nicht weniger als wie 2½ Stunden gesprochen. Er hat also unter den Referenten in Kassel den Rekord glänzend geschlagen. Walter hat alle die Vorkommnisse in den letzten zwei Jahren, soweit das Verbandsleben in Frage kam, fleißig gebucht und ge-schickt zu vertieren gewußt. Nun begann die Debatte.

Braun-Karlsruhe stellte den Antrag, daß die Erwerbslosenunterstützung separat diskutiert werden soll. Sein Antrag wurde abgelehnt und Seidel-Dresden betrat als erster Redner hochgehobenen Hauptes das Podium, um in beredter Weise für die Erwerbslosenunterstützung einzutreten. Seine Begründung hatte er an-scheinend sehr geschickt gegeben. Insbesondere meinte Seidel, daß unsere Beiträge nicht hoch bezeichnet werden können. Aber schon der nachfolgende Redner, Hermann-Weipzig, nahm ihm den Wind aus den Segeln und meinte, als Großstädter habe er auch das platte Land im Auge und da könne er Seidels Anschauung nicht teilen. Wer sich mit der Materie eingehend befaßt hatte, wußte ja so-fort, wo Seidel zu packen war. Die Befürworter der Erwerbslosenunterstützung haben taktisch nicht gut operiert. Sie ließen sich nämlich so ziemlich hintereinander in die Rednerliste eintragen, das Verfehlteste, was es geben kann.

Beim zweiten Teil der Debatte kamen meist nur Geg-ner zum Wort, so daß die beredten Worte des Kollegen Seidel und seiner Freunde nicht mehr den geringsten

Widerhall fanden. Die Abstimmung ergab 49 gegen und nur 16 für die Erwerbslosenunterstützung.

Die allgemein bis dahin anhaltende Spannung hatte sich nach dieser Abstimmung aufgelöst. Wir sind mit dem Abstimmungsergebnis sehr zufrieden; es mußte so kommen.

Der Punkt 6: Statistikk, fand durch ein sachgemäßes Referat des Kollegen Siebold seine Erledigung. Der Referent skizzierte, wie in unserm Verband sich nach und nach die statistischen Erhebungen einbürgerten und als Preis der vielen Mühen kam durch unsere bekannte Denkschrift im Jahre 1902 die Bundesratsverordnung. Die Debatte über das Referat war sehr kurz, es wurden nur kleinere Wünsche vorgebracht.

Sehr wenig befriedigt hat uns die Behandlung des Punktes 9: „Anträge, welche durch die Tagesordnung nicht erledigt waren“. Meist handelt es sich darum, daß die Verbandsleitung irgendeinen Streik ablehnte, und nun sollte der Verbandstag — nachträglich die Mittel bewilligen. In der Beschwerdekommision wurde nun auch festgestellt, daß die Verbandsleitung völlig einwandfrei verfahren sei. Doch der Berichterstatter kam am Schlusse ziemlich vom Pfad der Objektivität ab, den ihm die Beschwerdekommision vorgeschrieben hatte, und so wurden die in der Kommission abgelehnten Anträge im Plenum angenommen.

Alles in allem standen die Verhandlungen auf der Höhe der Zeit. Die Debatten waren alle sehr sachlich, und die Delegierten sprachen größtenteils mit sehr tiefer Gründlichkeit. Den ersten fünf Verhandlungstagen wohnte auch der Sekretär Brendel vom christlichen Bauarbeiterverband bei. Brendel hatte sich auf der Galerie postiert; er machte sich eifrigst Notizen; eine Ausbeute, um unsern Verband etwa im Reichsverbandstil zu verleumden, fand er nicht. Das Präsidium war sogar so loyal, ihm sämtliche Drucksachen auszuhändigen, ein Beweis dafür, wie tolerant wir sind.

Die Kasseler Tagung brachte umstürzende Beschlüsse nicht, aber trotzdem wird dieser Verbandstag sehr fruchtbringend wirken. Die anwesenden Delegierten, das sah man ihnen auf den ersten Blick an, waren in der Gewerkschaftsbewegung erfahrene Männer, die mit nüchternem Ueberlegung zum Ausdruck brachten, was ihnen mißfiel. Die Kritik, gleichgültig, ob sie im Kern berechtigt war oder nicht, war sehr sachlich. Es fiel kein verletzender Ton, und das nahm sich ungemein imponierend aus. Die Delegierten gingen sicherlich mit dem Bewußtsein nach Hause, daß in Kassel wiederum unsere Wege weiter nach vorwärts abgesteckt wurden. Das Gewonnene festhalten und weitere Positionen neu zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein, so lautete das prächtige Schlusswort unsres Vorstehenden Starke.

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1907.

II.

Ueber den Stand der Invalidenversicherung am Schlusse des Jahres 1907 teilt der Bericht mit, daß die Zahl der seit Bestehen der Versicherung angelaufenen Rentenansprüche 2 053 942 beträgt. Davon kommen auf Invalidenrenten 1 516 021, auf Krankenrenten 78 527 und auf Altersrenten 459 394. Am Anfang des Jahres 1908 liefen noch 841 992 Invalidenrenten, 20 081 Krankenrenten und 116 887 Altersrenten. Die Zahl der Altersrentner verringert sich mit jedem Jahr mehr; die in den ersten Jahren nach Inkrafttreten der Versicherung in den Genuss einer Rente gelangten, sterben so allmählich aus und die Zahl der neu zumkommenden Altersrentner ist verhältnismäßig gering; der Kapitalismus sorgt ja bekanntlich dafür, daß die Arbeiter kein zu hohes Alter erreichen. Aber auch die Zahl der Invalidenrenten hat sich in den letzten Jahren erheblich vermindert; auf die Ursachen werden wir später zurückkommen.

Weitragserstattungen sind bis zum Schlusse des Berichtsjahres 2 031 069 anerkannt worden, davon kommen 1 662 544 auf Fälle der Verheiratung, 4891 auf Unfälle und 363 634 auf Todesfälle.

Die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung im Jahre 1907 sind einschließlich des Reichszuschusses auf rund 172 Millionen Mark zu schätzen. Im Jahre 1906 kamen 166 039 147 Mk. zur Auszahlung, die sich verteilen mit:

120 987 512 Mk. auf Invalidenrenten,
3 680 278 „ „ Krankenrenten,
18 354 811 „ „ Altersrenten,
8 486 366 „ „ Beitragserstattungen,
13 468 263 „ „ Heilverfahren,
407 754 „ „ Invalidenhauspflege, und
754 163 „ „ außerordentliche Leistungen.

Die Einnahmen der Versicherungsträger aus Beiträgen für das Jahr 1907 werden auf etwa 178 Millionen Mark geschätzt; das Vermögen der Versicherungsträger betrug am Schlusse des Berichtsjahres 1398 Mill. Mark.

Ueber die Angelegenheiten der Versicherungsträger hatte das Reichsversicherungsamt vielfach zu entscheiden. Bemerkenswert ist eine Entscheidung des Amtes, nach der bei Errichtung von Bauten auf eigenen Grundstücken als Arbeitgeber der Bauarbeiter im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes der Bauunternehmer angesehen wird, nicht aber ein Dritter, welcher dem wenig kapitalkräftigen Bauunternehmer die Baugelder gewährt hat; eine Fassung der im § 29 des Bau-Unfallversicherungsgesetzes enthaltenen Bestimmung über Haftung des Bauherrn würde auf dem Gebiet der Invalidenversicherung für unzulässig erachtet.

Anfragen über Angelegenheiten der Versicherung finden vom Reichsversicherungsamt keine Beantwortung. Das müssen sich die Arbeiter ein für allemal merken. Zur Auskunftserteilung sind die unteren Verwaltungsbehörden verpflichtet und gibt das Amt die Anfragen meist an diese Behörden ab. Der wertvollste Bestandteil der Invalidenversicherung ist die Krankenfürsorge durch Einleitung des Heilverfahrens. Während die Renten nie mehr als einen Zuschuß zur Lebenshaltung darstellen und in Ermangelung sonstigen Einkommens kaum die Armenpflege überflüssig machen, bedeutet das Heilverfahren für die Zugelassenen eine erhebliche Fürsorge für die Gesundheit, nicht selten deren völlige Wiederherstellung. Es ist daher erfreulich, daß seine Anwendung mehr und mehr zunimmt. Nach dem Bericht des Reichsversicherungsamtes sind bis zum

Schlusse des Jahres 1906 insgesamt 356 834 Personen mit einem Kostenaufwand von 87 361 371 Mk. dem Heilverfahren zugeführt worden. Vielfach sind die Versicherungsanstalten noch nicht voll überzeugt von dem Wert, der in einem möglichst ausgedehnten Heilverfahren liegt, doch bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß das Heilverfahren der Wohlfahrt der Versicherten dient, andererseits aber auch der Vermögenslage der Versicherungsanstalten förderlich ist.

Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes in Invalidenversicherungssachen steht natürlich in ziemlich gleicher Höhe wie bei den Unfallsachen. Die Zweifelhafteit der Erfüllung der Rechtsansprüche, die lange Dauer des Verfahrens und die Mängel des Rechtswegs treten hier wie dort zutage.

Die Streitfragen des Revisionsverfahrens im Berichtsjahr waren in erster Linie, ob bereits Erwerbsunfähigkeit eingetreten oder wieder behoben war (in 40,52 Prozent Fällen), demnächst häufig war die Erfüllung der Wartezeit streitig (in 15,88 Prozent Fällen). Weiter war zu prüfen das Erlöschen der Anwartschaft (in 6,41 Prozent Fällen), ferner die Frage, ob dem Verfahren wesentliche Mängel zugrunde lagen (in 12,7 Prozent Fällen), sowie ob eine Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist (in 12,86 Prozent Fällen).

Ueber die Statistik der Rechtsprechung ist folgendes zu sagen: Die Zahl der im Jahre 1907 von den Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen erteilten Bescheide betrug 381 123 gegen 378 978 im Vorjahr. Hier von entfallen 199 265 Bescheide auf Beitragserstattungssachen, gegen die eine Berufung nicht möglich ist.

Von den 181 858 berufungsfähigen Bescheiden betrafen 93,1 vom Hundert Invalidenrenten und 6,9 vom Hundert Altersrentensachen.

Berufungen in Invaliden- und Altersrentensachen wurden anhängig gemacht 25 923 (Vorjahr 26 402). Hier betrafen 97,9 Prozent Invalidenrenten, 2,1 vom Hundert Altersrentensachen. Auf je 100 berufungsfähige Bescheide entfielen 14,3 Berufungen. Die Zahl der Revisionen ist entgegen der im Jahre 1901 begonnenen bis 1906 dauernden Steigerung im Berichtsjahr zurückgegangen, sie betrug 5555 gegen 6290 im Vorjahr. Von den Versicherten wurden 88,51 Prozent, von den Versicherungsanstalten 11,49 Prozent Revisionen eingereicht.

Zu bearbeiten waren mit den vom Vorjahr unerledigten 8989 Revisionen. Davon entfallen 7943 auf die Versicherten. Auf Invalidenrentensachen entfallen überhaupt 8649 Sachen, davon 7810 von den Versicherten, auf Altersrenten kamen 140 Sachen, davon 133 von den Versicherten. Von den Revisionen wurden erledigt überhaupt 6323, und zwar durch Urteil 5799, durch Zurücknahme 257, wegen verspäteter Einlegung durch Beschluß 267. Letztere entfallen ausschließlich auf Versicherte, die selbsttendend in der Praxis und Handhabung der Gesetze nicht so bewandert sind wie die Versicherungsanstalten.

Nachstehende Gegenüberstellung zeigt das Ergebnis der durch Urteil erledigten 5799 Revisionen.

	von den Revisionen	
	der Versicherten	der Versicherungsanstalten
Aberhaupt	5076 = 87,5 Proz.	723 = 12,5 Proz.
durch Bewilligung des angeforderten Urteils	4808 = 84,8 „	240 = 33,2 „
durch völlige oder teilweise Abänderung desselben	49 = 0,9 „	124 = 17,1 „
durch Zurückweisung an das Schiedsgericht oder den Vorstand	719 = 14,1 „	359 = 49,6 „

Man sieht, die Versicherten hatten nicht viel Glück mit ihren Revisionen. In nur 49 (noch nicht einmal 1 Prozent) Fällen wurde der Entscheid des Schiedsgerichts umgestoßen, in 4808 Fällen wurden die armen Teufel abgewiesen, in 719 Fällen mußten sie sich neuen Geduldsproben und Scherereien unterziehen, um zum Schlusse doch abgewiesen zu werden. Der geringe Erfolg der Versicherten erklärt sich zum Teil aus der Art der gesetzlichen Bestimmungen, die Revision kann sich nur darauf stützen, daß entweder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet, oder daß die angeforderte Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts beruht. Unter diesen Umständen hält es schwer, durchschlagende Revisionsgründe zu finden. Bedeutend wertvoller würde es sein, wenn wie in Unfallsachen das Rekursverfahren bestünde, damit eventuell neues Beweismaterial beigebracht werden kann. Die Ermittlung der Ursachen für die Zunahme der Bewilligung von Invalidenrenten liegt dem Reichsversicherungsamt sehr am Herzen. Früher war das anders. Noch im Jahre 1893 wurde bei den Verhandlungen des Reichstags über den Etat des Reichsamtes des Innern von dem damaligen Staatsminister von Bötticher ausgeführt, daß die Anträge auf Bewilligung von Invalidenrenten sehr erheblich hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien, die bei der Veranlassung des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes angewiesen, überall die Versicherten über die Wohlthaten des Gesetzes aufzuklären. Später brachte die Milderung des Invalidenversicherungsgesetzes einige Erleichterungen in den Vorschriften über den Eintritt der Invalidität. Der zunehmende kapitalistische Raubbau tat sein gut Teil bei, daß die Invalidenrenten namentlich von 1899 bis 1903 bedeutend zunahmten. Im Reichsversicherungsamt entdeckte man aber, daß in dem Zugang der Invalidenrenten etwas los sein müsse. Die Mathematiker des Reichs-Rechnungsbureaus berechneten mit unfehlbarer Sicherheit für die einzelnen Versicherungsanstalten in den kommenden Jahren große Defizits. Man ging also ans Werk, „erforschte“ die Verhältnisse und brachte es in kurzer Zeit fertig, die Bewilligung von Invalidenrenten in ganz unglaublicher Weise herabzudrücken.

Seit dem Jahre 1901 läßt das Reichsversicherungsamt die Bezirke der Versicherungsanstalten durch Kommissionen bereisen, um zu verhindern, daß solchen Personen Renten zugesprochen werden, die den gesetzlichen Voraussetzungen nicht genügen. Die Vereisungen der Bezirke haben bald und auch im Berichtsjahr wieder gute Früchte getragen. Diesmal wurden namentlich Westfalen und Posen heimgeführt. Das Ergebnis der Wahrnehmungen entsprach selbstredend denen früherer Jahre. In zahlreichen Fällen

mußten Rentenbewilligungen beanstandet werden wegen nicht genügender Aufklärung der tatsächlichen, namentlich wirtschaftlichen Verhältnisse oder wegen unzutreffender ärztlicher Begutachtung, insbesondere wegen Ueberschätzung des Einflusses der Alterserscheinungen, Vermischung der Grenzen zwischen Berufsunfähigkeit und reichsgefälliger Erwerbsunfähigkeit, schreibt das Amt in seinem Bericht. Für uns liegt es klar, weshalb gerade in letzter Zeit diese überreife Arbeit geleistet wird. Die verantwortlichen Stellen wissen, welche Wirkung ihre wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeitigen. Die Ausfaltung der großen Massen des Volks fördert selbstredend die Invalidität.

Da heißt's beizeiten dazu tun, damit wenigstens der Schein gewahrt bleibt, als ob Deutschland in der Sozialpolitik voran sei.

Gibt es eine schärfere Beurteilung unserer bestehenden inneren Zustände, als die Tatsache, daß schon künstlich vorgebeugt werden muß, damit sich nicht, wie Posadowsky so schön sagte, eine „Ueberspannung des Versicherungsprinzips“ bemerkbar macht.

Eine sozialpolitische Großtat ist aber das künstliche Herunterrauben der Zahl der Rentenempfänger sicher nicht. Wenn die Zahl der Invaliden stärker zunimmt, als vorausgesehen wurde, steht doch nichts im Wege, die Mittel zur Unterstützung dieser Opfer unserer Wirtschaftsordnung anderswie aufzubringen. Wenn von den Milliarden, die für Militarismus, Marinismus und Wüstenland ausgeworfen werden, ein Teil zu diesem Zweck verwendet würde, dann hätte Deutschland das Recht, sich mit seiner Sozialpolitik zu rühmen, so aber nicht. Der Bericht des Reichsversicherungsamtes lehrt die Arbeiter, den Vorgängen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. Von ihrem Vorgehen hängt die Ausgestaltung der Versicherungsgegebung ab und nur ihre Arbeit kann die deutsche Arbeiterversicherung auf die Höhe bringen, daß sie ihren Namen mit Recht verdient.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Reichs- und Staatsanleihen und der Geldmarkt, die Münzreform zum vierprozentigen Zp. — Baugewerbekrisis und andre Industrien. — Eisengewerbe. — Rückwirkungen der amerikanischen Stodung. — Textilindustrien.

Raum ist das Angebot von Reiskapital relativ wieder etwas reichlicher und günstiger geworden, so nehmen das Reich und Preußen entschlossen den Pumpkessel in die Hand, um von der größeren „Flüssigkeit“ soviel wie möglich für sich zu profitieren. Es sind zusammen nicht weniger wie 850 Millionen Mark, mit denen man auf diese Weise den übrigen Reiskapitalbegehrenden Konkurrenz macht, und man kann selbst in der gutgeleiteten bürgerlichen Presse manches bittere Wort über diese „Störung des wirtschaftlichen Gefundungsprozesses“ hören. Denn schon im Januar dieses Jahres, nach der allerersten Beruhigung des Geldmarktes und der großen Finanzmächte, drängte sich Preußen mit seiner Auflegung von 181 Millionen Mark Konfols sofort an die spärlich sich wieder füllende Krippe und stieß eine ganze Reihe anderer dringend Hilfebedürftiger damit zurück. Ein Begehren von über einer Milliarde im Laufe eines Quartals! Die jetzigen 850 Millionen Mark gliedern sich in folgende Teile: 250 Millionen vierprozentige Reichsanleihe, 400 Millionen vierprozentige preussische Konfols, beide unumkehrbar und unkonvertierbar* bis 1918, am 11. April zu 99 1/2 Prozent aufzuliegen — dazu 200 Millionen vierprozentige preussische Schatzanweisungen, mit Lauffrist bis zum 1. April 1913, ohne öffentliche Auflegung, das heißt: im wesentlichen den großen Banken als bequeme Anlage- und Uebertragungswerte vorbehalten.

Wir haben schon öfter darauf hingewiesen, wie unsere kapitalistische Geschäftswelt selber sich gegen diese heillose Mißwirtschaft auflehnen möchte, wenn sie nur wüßte, wie sich eine gründliche Finanzreform erzielen ließe, die die Reichs- und Staatsbedarfe mehr aus dauernd fließenden, ordentlichen Einnahmen deckt, die also die ruhmreichen, betwärtenden Eingriffe in den so wie so schon übermäßig angespannten Reiskapitalmarkt nach Möglichkeit vermeidet. Da man keine Reform auf der Seite der Ausgaben will, so muß man die notwendige Milderung auf der Seite der Einnahmen zu schaffen suchen. Doch das Wollen ist hier einfacher wie das Können.

Noch zu einer andern Betrachtung gibt die Wahl des Zinsfußes Anlaß. Bis zum Anfang der neunziger Jahre zeigte bekanntlich der Reiskapitalmarkt international eine Tendenz zum Sinken. Über in der umgekehrten Widerspiegelung ausgedrückt: die fest verzinslichen Staatspapiere erfuhr, weil ihr Zinsertrag immer mehr über den abwärtsleitenden allgemeinen Normalzinsfuß emporrückte, eine immer höhere Kursaufwertung. Wir hatten im Reiche ursprünglich vierprozentige Anleihen und diese standen 1877 noch unter 96, hoben sich jedoch, da die gewöhnlichen Anlageverzinsungen auf andern Gebieten fielen, in der Bewertung allmählich auf über 100 am Anfang der achtziger Jahre, und dann sogar, an der Wende der achtziger und neunziger Jahre auf 106 bis 108 im Jahresdurchschnitt. Seit der Mitte der achtziger Jahre kam deshalb das Reich mit 3 1/2-prozentigen Anleihen heraus, seit dem Anfang der neunziger Jahre sogar mit dreiprozentigen Schuldverschreibungen, da unterdes auch die 3 1/2-prozentigen Papiere bis über 103 und 104 im Kurse hinaufgegangen waren. Seitdem hat der bis zum vorigen Herbst fast dauernde Geschäftsaufschwung wieder eine relative Knappheit des Reiskapitals erzeugt und alle Welt an eine steigend höhere Verzinsung gewöhnt. Entweder blieb nunmehr das Reich bei seinen 3 1/2 oder 3 Prozent — dann schuf sich das Reiskapital den Ausgleich durch die um so niedrigere Kursbewertung: die 3 1/2-prozentigen Titres standen schon 1900, auf dem Gipfel der damaligen Hochkonjunktur, im Durchschnitt noch nicht 96, sie standen in den letzten Tagen knapp 92, dreiprozentige Titres standen 1900 unter 87, und in den letzten Tagen knapp 82. So blieb denn kaum etwas andres übrig, wie das allgemein höhere Zinsniveau staatlicherseits gleichfalls anzuerkennen und selber wieder zum älteren Anleihefuß zurückzukehren. Noch die preussische Januarianleihe ließ wenigstens einige Zukunftshoffnungen durchschimmern; sie gestand zwar auf zehn Jahre eine vierprozentige Verzinsung zu, setzte dann aber 3 1/4 Prozent, und nach weiteren fünf Jahren 3 1/2 Prozent Zins fest. Auch darauf hat man nunmehr verzichten müssen; es werden glatt 4 Prozent eingeräumt bis 1918; alles weitere bleibt der Zukunft vorbehalten. Der Zeichnungskurs ist, wie erwähnt, auf 99 1/2 Prozent festgesetzt.

Die Gefahr eines großen Niesenkampfes im Baugewerbe verzicht sich allmählich. Es tritt dabei immer deutlicher zutage, daß auch für das Unternehmertum triftige Gründe vorliegen, den Bogen nicht zu überspannen. Einmal hatte man in den eignen Reihen genug Elemente zu fürchten, die die beginnende Periode der leichteren Geldbeschaffung und der billigeren Materialien lieber zum Bauen wie zum Ausperren auszunutzen gedachten, auf die also im Nothfalle sehr wenig Verlaß blieb. Ferner meldeten sich von außen her sehr unbequeme

* Konvertierung: Umwandlung einer Schuld in eine andre mit a e r i n g e r e m Zinsfuß.

Wagner — die eine reaktionäre Masse ist nun einmal fast immer in sehr verschiedene Interessensgruppen geteilt. Es ist sicher kein Zufall, daß in den letzten Wochen aus den großen Lieferindustrien der Baugewerbe heraus recht deutlich und vernünftig die Stimmen ertönt: die Eisenindustrien, der Holzhandel, die Zement-, Mörtel- und Steinfabrikanten hätten jetzt das denkbar größte Interesse, ihre Absatzverlegenheiten nicht zu einer Katastrophe auszuweiten zu lassen; ganz naturgemäß schlossen sich daran eine Menge ähnlicher Stimmen aus den Kreisen der Kreditgeber und Banken an, ja sogar aus den Kreisen der großen Konsumtionsgewerbe, der Brauereien, der Warenhäuser. Trotz des äußerlich zur Schau getragenen Mutes und Gleichmutes hätte allen diesen Kreisen ein Riesenkampf wie ein Alp auf dem Herzen gelegen.

Gerade die Eisengewerbe, sonst ein Hauptstich des Scharfmacherstums, fühlen ihre Bebrängnis in steigendem Maße. „Am rheinisch-westfälischen Eisenmarkt“, schreibt die Deutsche Wirtschaftszeitung, „hat sich die Verstimmung weiterhin verschärft, da die großen gemischten Werke noch außerordentliche Quantitäten erzeugen und zwischen Produktion und Verbrauch noch kein Einklang hergestellt ist. Die Roheisenproduktion hat sich erheblich verringert, so überschritt sie beispielsweise im Siegerlande noch weit die beschlossenen Einschränkungen von 25 Prozent. Auch auf andern Gebieten herrscht vollständig störende Geschäftslage.“ Ähnlich heißt es in einem Situationsbericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung: man komme allmählich einem Tiefpunkt nahe wie 1900/1901; die Beschäftigung sei schwach, der Betrieb sei nicht mehr voll aufrecht zu erhalten, obwohl selbst dabei ein gut Teil auf Lager gearbeitet werde; bei noch fortlaufenden Abflüssen müßten die Besteller durch „energische Annäherung, nicht selten Zwangsmittel“, zur Abnahme willig gemacht werden. Wenn man erwägt, wieviel Eisen heute unsere Bauten verschlingen, so läßt sich denken, daß man nach dieser Seite nicht auch noch eine künstlich erzogene Störung wünschte.

Wie stark die amerikanische Krise auf einzelne deutsche Exportzweige zurückgeschlagen hat, zeigen jetzt die Ausfuhrstatistiken verschiedener amerikanischer Generalkonsulate für das erste Quartal 1908. Im Berliner Bezirk wurden hier für 9 877 082 Mark Waren exportiert gegen 15 849 706 Mark im ersten Vierteljahr 1907. Das ist ein Absturz um ein volles Drittel. Im Koburger Bezirk ging in denselben Perioden der Spielwarenexport von 303 430 Dollar (über 1,2 Millionen Mark) auf 173 198 Dollar (knapp 700 000 Mark) zurück; Kurzwaren, Porzellangemälde und Lederhandschuhe wurden diesmal überhaupt nicht exportiert, während eine Reihe anderer Artikel einen Rückgang bis zu 75 Prozent erlitten hat; dagegen ist hier die Porzellanindustrie glimpflich megekommen.

Ferner kommen immer stärkere Klagen aus den Textilindustrien, ohne daß jedoch von einer einheitlichen Abwärtsbewegung gesprochen werden kann. Im Elsaß lassen die Kammgarnspinner nur fünf Tage in der Woche arbeiten. In der Tuch- und Wollstoffindustrie sollen zwar bessere Beschaffenheiten günstig stehen, aber die großen Stapelwaren, die Konfektionsstoffe, sollen sehr zu wünschen übrig lassen und besonders am Niederrhein, in der Lausitz, teilweise auch in Berlin die Lage verschlechtern. Ähnlich hat die Berliner Blüschfabrikation nur schwach zu tun. Dagegen hat der Verband der Schiffschiffbauindustrien, der hauptsächlich die hiesige Kleiderstoffindustrie berührt, einheitliche Betriebseinschränkungen nicht für notwendig erklärt, obwohl er offen zugestanden, daß der Geschäftserfolg ein schleppender sei. Wiedermur werden aus Gera Entlassungen und Betriebseinschränkungen gemeldet.

Die Reichsbank soll, nach Abwidlung der Quartalsansprüche, nunmehr so reichliche Rückflüsse zu verzeichnen haben, daß man für die nächsten Tage eine Herabsetzung des Diskontes von 5% auf 4 Prozent erwartet.

Berlin, 5. April 1908.

Mag. Schipfel.

Korrespondenzen

Maffels. Am 5. April fand im Gasthaus zum Hirschen unsere erste Mitgliederversammlung statt, zu der wir die Kollegen der Umgegend eingeladen hatten. Der Besuch war sehr gut. Beim 1. Punkt: Agitation, wurde besprochen, wie wir sämtliche Kollegen der Umgegend gewinnen können. In Arbesberg arbeiten noch 20 Indifferente. Um diese auch dem Verbande anzuführen, wurden sämtliche Kollegen ermahnt, sich an Sonntagen dort mit der Agitation zu beschäftigen. Auch wurden wieder drei Kollegen aufgenommen. Beim 2. Punkt: Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde geflagt, daß es mit der Durchführung der Bundesratsverordnung noch sehr schlecht bestellt sei. Es fehlen hier noch Frühstücksbuden, Aborte usw. Dies veranlaßte uns schon öfter, bei der Firma B. Arnold vorstellig zu werden. Es wurde uns immer zugefagt, daß in aller nächster Zeit Ordnung geschaffen wird; doch es blieb immer beim Versprechen. Auch die Lohnverhältnisse sind hier sehr traurige. Hieran trägt unser Kollege Nebauer, der noch vor drei Jahren den Knüpfel geschwungen hat, die meiste Schuld. Unser Verband wird schon Abhilfe schaffen.

Dochum. Hier scheinen einige Unternehmer eine Ausweitung provozieren zu wollen. Am 1. April kam der Bruchmeister Brüsede in den Steinbruch Schöttler und sagte den Kollegen, daß es von jetzt an 10 Prozent weniger Lohn gäbe. Hierauf legten sofort sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Es wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, welche dann mit Schöttler verhandelte. Das Resultat war, daß ein Abzug von 5 Prozent bestehen bleiben sollte. Gleichzeitig wurde den Kollegen bekanntgemacht, wer mit den Abzügen nicht einverstanden wäre, sei am 15. April entlassen, bis dahin sollten jedoch die alten Preise bezahlt werden. Bemerkte sei noch, daß dieses Abzugsmandat schon des öfteren versucht wurde, aber an der Einmütigkeit der Kollegen scheiterte. Um aber nun derartigen Sachen ein Ende zu machen, wurde ein Tarif ausgearbeitet, der nun eingereicht wird. Da nun die Kollegen schon in Kündigung stehen, so sei hiermit vor Zugewandt.

Brandenburg. Im Dezember v. J. beschloßen die Kollegen hiesiger Zahlstelle, im Frühjahr des nächsten Jahres in eine Lohnbewegung zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage einzutreten. Es wurden die dazu nötigen Vorarbeiten getan und in der am 1. März d. J. abgehaltenen Besprechung der Beschluß gefaßt, unsere ausgesetzten Forderungen jedem Meister am 24. März zuzustellen. Voraussetzung war natürlich, daß bis zu diesem Zeitpunkt die Konjunktur, das Wetter sowie die allgemeine Lage sich weiter günstig für uns gestaltet. Die versammelte Lohnkommission stellte dies fest und sandte infolgedessen die Forderungen ein. Es war um Rückäußerung bis zum 27. März abends gebeten worden. Am Abend dieses Tages fanden sich sämtliche Kollegen ein, um von den Rückäußerungen Kenntnis zu nehmen. Antwort war spät Abends noch eingetroffen, aber was für eine! Die Herren erklärten, daß sie sich auf nichts einlassen könnten, es sei denn, daß wir gewillt seien, alle Arbeiten in Accord zu übernehmen (deren Abschaffung uns erst vor vier Jahren mit Mühe und Not gelungen). Als Grund gaben die Herren an, daß ein noch am Orte bestehendes Konkurrenzgeschäft sie hindere. Vor vier Jahren bestand aber dies Geschäft noch nicht und doch mußten wir für 14 Tage die Arbeit einstellen, um etwas zu erreichen. Also fauler Zauber, Ausschüfte. Aber noch in später Stunde brachte uns der Vertreter dieses einen Geschäftes die Nachricht, daß sein Chef alles bewillige sowie das von diesem unterzeichnete Schriftstück. Waren schon vorher die Kollegen von der gänzlichen Ablehnenden Antwort wenig erfreut (angesichts der doch fortwährend steigenden Lebensmittelpreise und auch aller andern, hatten sie dies nicht erwartet), so

jetzt noch weniger, als gerade die Firma, die von der andern Seite als Konkurrenzkonkurrentin bezeichnet worden war, sich gerade bewegen fühlte, sämtliche Forderungen zu bewilligen. Da die nun folgende Ausdrucksform erkennen ließ, daß die Geschäftslage im allgemeinen eine gute sei, die im Winter fertiggestellten Grabsteine auch fast vollständig am Lager seien, wurde in geheimer Abstimmung mit 14 gegen 1 Stimme beschlossen, die Arbeit am folgenden Tage nicht wieder aufzunehmen. In diesem Tage wurde nun die Lohnkommission vorstellig, wurde jedoch abgewiesen. Ebenso vorläufig das von uns angerufene Einigungsamt. Die Stimmung der Ausständigen ist gut. Arbeitswillige sind bisher nicht zu verzeichnen. Die Arbeitgeber suchen im Steinbildhauer 10—15 Arbeitswillige, und zwar möglichst verheiratete. Dieselben sollen mit allen ins Grabsteinfach schlagen den Arbeiten vertraut sein und erhalten dann dafür 50 Pfg. pro Stunde. Dafür dürfen sie auch im Winter bei ohnehin schon bis auf 6—7 Stunden verkürzter Arbeitszeit noch ein paar Wochen aussetzen. Wir bitten, Zugzug nach hier möglich zu vermeiden. Oberstabschef ist ein Herr B. Rabisch, früher organisierter Bildhauer. Am Orte ist alles organisiert und schon 6—30 Jahre in den Geschäftslagen tätig.

Breslau. Am 8. April tagte im Gewerkschaftshaus eine schwach besuchte Versammlung. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 1. Quartal, welcher für richtig befunden wurde. Zum Punkt Maifeier wurde beschlossen, überall dort, wo es ohne wirtschaftliche Schädigung der Kollegen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen. Ein Antrag, den Wochenbeitrag im Sommerhalbjahr auf 70 Pfg. zu erhöhen, fand einstimmige Annahme. Sodann kam das Vorgehen der Firma Thust, Kaiser-Wilhelm-Str. 4, zur Sprache. Dort sollen die Schriftbauer die Berufsarbeiten in Granit um 5 Pfg. billiger machen. Jetzt in der Saison. Dadurch erreicht Herr Thust natürlich das, was lange nicht gelingen wollte: Die Kollegen werden in den Verband getrieben.

Frankfurt a. M. In einer am 7. April stattgefundenen Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus referierte Genosse Kaiser über Bauarbeiterbeschwerden. Er kritisierte die bekanntesten Mißstände im Baugewerbe und die Weigerung der preussisch-deutschen Regierung, Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen anzustellen. Nur die süddeutschen Staaten, wie Bayern, Baden, Württemberg und neuerdings scheint auch Hessen hinzugetreten, sind etwas freierwilliger in dieser Sache vorangegangen und haben Arbeiterkontrolleure angestellt. Daß sie dabei gut fahren, das beweist, daß der bairische Minister Graf Feilitzsch denselben seine volle Anerkennung ausgesprochen hat. Zum Schluß kam der Referent auch auf die Bundesratsverordnung zu sprechen, dabei hervorhebend, daß viele Werkplatzbesitzer die Bundesratsvorschriften überhaupt noch nicht kennen. In den meisten Warmorgeschäften sind noch nicht einmal Frühstücksbuden vorhanden, so daß die Kollegen gezwungen sind, in den schmutzigen, staubigen Werkstätten ihre Mahlzeiten einzunehmen. Auch ist noch ein Steinmehlwerkplatz vorhanden, auf dem nicht einmal Trinkwasser vorhanden ist. Auch wäre es sehr angebracht, wenn sich der Herr Gewerkeinspektor die hiesigen Steinmehlwärter und Warmorgeschäfte einmal ansehen würde. Für seine vortrefflichen Ausführungen wurde dem Referenten lebhafter Beifall zu teil. In der Diskussion wurden die bekanntesten Mißstände einer vernichtenden Kritik unterzogen, und werden wir das nötige Material dem Genossen Kaiser zustellen, damit auch hier einmal bessere Zustände eintreten. Außerdem beschloß sich die Versammlung noch mit der Maifeier. Zu diesem Zwecke werden in den nächsten Tagen Platzversammlungen abgehalten, um die Kollegen zu veranlassen, sich mindestens ebenso stark an der Maifeier zu beteiligen, wie dies am 18. März der Fall gewesen ist. Jeder Kollege hat die moralische Pflicht, den 1. Mai zu feiern.

Halle a. S. Betreffs unserer Tarifverhandlung ist folgendes zu berichten: Wir haben dieses Jahr eine Erhöhung des Stundenlohnes von 65 auf 60 Pfg. und nächstes Jahr von 60 auf 65 Pfg. erreicht. Der Akkordtarif bleibt in seiner jetzigen Form bestehen und erfährt demnächst eine Erhöhung um 5 Prozent. Für Ueberrichtung, vielmehr für Auslösung, wurden 2 Mark bewilligt, ohne Ueberrichtung nach Vereinbarung. Es trug dies bis jetzt in der Regel nur 7 Mark pro Woche aus, wenn jemand auswärts arbeitete. Es ist hier wenigstens ein fester Satz geschaffen. Unterschieden ist der Tarif von neun Geschäften, gewweigert haben sich drei: 1. Gustav Zimmermann, Ecke Merseburger und Güttenstraße, 2. Karl Wendenburg, Güttenstraße und 3. Otto Staude, Güttenstraße. Exterier und letzterer erklärten, sie brähten überhaupt keinen Steinmehlwärter, ihr Geschäft ginge auch so. Zimmermann erklärte sogar, er hätte seine Söhne, der eine arbeite allein für drei Mann. (?) (Dieses Musterexemplar möchten wir auch kennen lernen.) Wendenburg ließ sich überhaupt nicht in Verhandlungen ein. Derselbe hatte einem seiner Leute bestellt, wenn die Tarifkommission käme, so soll er nur bestellen, daß er auf keinen Fall unterschreibe und überhaupt nichts mit den Leuten (Tarifkommission) zu tun haben wolle. Diejenigen Meister, die den Tarif nicht unterzeichneten, sind gesperrt.

Kirchheim. Am 3. April fand unsere Monatsversammlung statt, leider war dieselbe schlecht besucht. Der Krebschaden in hiesiger Zahlstelle ist, daß von den 100 hier beschäftigten Kollegen nur 30 am Orte bezahlen. Die Folge davon ist, daß die Versammlungen stets schlecht besucht und das Zusammenhalten der Kollegen viel zu wünschen übrig läßt. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, wurde folgender Beschluß gefaßt: Ein jeder hier beschäftigte Kollege hat seine Beiträge auch hier am Arbeitsorte zu entrichten, mit Ausnahme von Verwaltungspersonen anderer Zahlstellen. Im Punkt Verschiedenes wird beschlossen, für die inhaftierten Kollegen vom letzten Streit eine Sammelliste anzufertigen zu lassen, als Zuschuß werden 30 Mk. aus der Lokalkasse entnommen.

Mühlhausen i. Th. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 7. April im Gewerkschaftshaus. Zum Punkt Maifeier konnte der Vorsitzende mit Genugtuung konstatieren, daß die hiesigen Kollegen fast einstimmig für Arbeitsruhe stimmten. Im Punkt Kartellbericht wies Kollege Ulrich auf bessere Agitation des Volkswalles hin, da es doch Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters sei, ein Arbeiterblatt zu lesen. Da es unsere bisherigen Redigoren nicht für nötig hielten, ihres Amtes zu walten, waren wir gezwungen, zwei andre zu wählen. Es wurden die Kollegen Jütterer und Söllmer gewählt. Im Punkt Verschiedenes gab es eine lebhafteste Debatte bezüglich des sehr wenig anständigen Betragens des Kollegen Moll aus Langensalza, welcher die Mühlhäuser Kollegen als nicht organisiert betrachtet und sich soweit vergibt, eine offene Karte beleidigenden Inhalts an den Vorsitzenden auf den Werkplatz zu schicken. Daß durch ein derartiges Benehmen die Interessen unserer Zahlstelle nicht gefördert werden, muß ein jeder anständige Arbeiter sich überlegen können. Das Verhalten des Moll wurde einstimmig verurteilt.

Neuenstein. Mit den Unternehmern kam folgender Vertrag zum Abschluß: § 1. Sämtliche Steinbauerarbeiten werden nur im Stundenlohn ausgeführt. Für Steinbauer muß ein Stundenlohn von 50 bis 60 Pfg. bezahlt werden. Der Lohn minder-erwerbssfähiger Arbeiter unterliegt der Vereinbarung mit der Lohnkommission. § 2. Für Arbeiten außerhalb des Ortes wird zum üblichen Lohn noch ein Zuschlag gewährt, dessen Höhe der Vereinbarung unterliegt. § 3. Der Lohn wird alle zwei Wochen, und zwar jeden zweiten Sonnabend unmittelbar nach Arbeits-schluß ausbezahlt. Für jeden daswischen fallenden Sonnabend ist auf die geleistete Arbeit eine Abschlagszahlung zu gewähren in der Höhe von 50 Prozent des verdienten Lohnes. Zahlungsschluß ist Freitag abend. § 4. Zeitverlust durch Stein- oder Gerüstmangel oder aus andern Ursachen, welche dem Unter-

nehmer zur Last fallen, ist zu vergüten, sofern es unter Tag kommt. § 5. Die Arbeitszeit regelt sich nach der Bundesratsverordnung und beträgt 9 Stunden. § 6. Zum Zwecke der gegen-seitigen Verständigung und der möglichst raschen Erledigung irgendwelcher aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Differenzen wird eine zu gleichen Teilen aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildete Schiedskommission eingesetzt. Die Beschlüsse der Kommission unterliegt der Zustimmung der beiderseitigen Versammlungen. Mahregelungen, Aussperren und Arbeitseinstellungen sind bis zu diesem Zeitpunkt nicht zulässig. § 7. Dieser Vertrag hat Gültigkeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 und läuft jeweils auf ein Jahr weiter, wenn nicht von einer der beiden vertragsschließenden Parteien mindestens vier Wochen vor Ablauf schriftlich die Kündigung erfolgt. § 8. Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses findet gegenseitig nicht statt. § 9. Mahregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation und zur Lohnkommission dürfen nicht stattfinden, ebensowenig Belästigungen unorganisierter Arbeiter auf dem Werkplatz.

Die Verschmelzung von Zahlstellen.

In letzter Zeit sind hin und wieder Verschmelzungen vorgekommen, welche von großem Vorteil sein dürften. Hat eine Zahlstelle wenig Mitglieder, so wird im allgemeinen auch wenig Aufklärungsarbeit geleistet, denn die Kosten sind zu hoch. Verbinden sich nun zwei Zahlstellen, so vermehrt sich die Mitgliederzahl; gleichzeitig brauchen wir nicht zwei Vorsitzende, auch nicht zwei Kassierer usw., sondern die ganze Sache wird vereinfacht. Die Vorträge, Diskussionsabende, Vergnügungen können gemeinsam stattfinden. Auch kann gemeinsam für politische Angelegenheiten besser agitiert werden und das Gefühl des Zusammengehens wird besser gewahrt. Nun fragen wir uns: Ist es immer von so besonderer Wichtigkeit, daß nahegelegene oder zwei am selben Orte befindliche Zahlstellen verbunden werden? Die Geschäftsleitung, insbesondere die Staubinger bezeichnet es als einen Fortschritt. Ich kann dies nicht widerlegen. Man muß manche Zahlstellen kennen, um darüber ein Urteil abgeben zu können.

Betrachten wir uns zwei Zahlstellen, wo die Drecker für sich und die Steinmehlwärter für sich gehen. Zahlstelle I und Zahlstelle II heißt es da. Warum haben sich die Drecker nicht gleich der Zahlstelle I angeschlossen? Dies war sehr einfach. Die Steinmehlwärter verstehen nichts von Dreckerangelegenheiten, und das zweite Argument werden wohl die hohen Beiträge der Zahlstelle I gewesen sein. Eigentlich sind dies keine Entschuldigungsgründe, da doch ein Steinmehlwärter im Bruch arbeitet und dort groß geworden ist, auch etwas und manchmal sehr viel von Dreckerarbeit versteht. Betreffs des Beitrags kann ich nur sagen, daß eine freie Gewerkschaft ihre Mitglieder nicht prellt, sondern nur deren Vorteil unter den besten Bedingungen heraus-sucht, denn wir verwalten unsere Einrichtungen doch selbst!

Sehen wir uns eine Zahlstelle an, welche in einer Großstadt liegt. Sandsteinarbeiter Zahlstelle I und Marmorarbeiter Zahlstelle II. Eine Zahlstelle III haben wir nicht, denn die Granitarbeiter gehören zur Zahlstelle II. Wir können betrachten was wir wollen, immer spricht alles für die Verschmelzung. Betrachten wir uns den Metall- und Holzarbeiterverband. Die verschiedenen Branchen sind verschmolzen in eine Zahlstelle. Bei uns ist dies noch viel leichter, denn es kommen ja keine weiteren Branchen in Betracht.

Ich betrachte es als einen großen Fehler, daß die Verbandsleitung nicht energisch dafür eintritt, daß dort, wo mehrere Zahlstellen an einem Orte bestehen, diese sich vereinigen müssen. Mit der unnötigen Kräftevergeudung muß endlich gebrochen werden.

Löwenberg.

A. Siege.

Submissionen.

Folgende Arbeiten werden in den nächsten Tagen vergeben:
Stadtbauamt Hanau, 11 000 Kubikmeter Pflastersteine
I. E. aus Hartbasalt. — Kgl. Wasserbauinspektion I in Werra, 416 Kubikmeter Granitwerksteine in vier Jahren, jährlich 104 Kubikmeter, für die Auswechslung von Sandsteinquadranten in der Uferbefestigung des Landwehrkanals. Bed. das. Lützowstraße 2, gegen 2 Mk. — Kgl. Hochbauinspektion in Saargemünd. Erd-, Maurer-, Steinhauer- und Schmiedearbeiten für ein Amtsgelände in Würzburg. I. B. in 1 Lose. Bed. das. gegen 1.50 Mk. postfrei. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion II in Posen, 1000 Meter Bahnsteigbordplanken aus Granit. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion I in Düsseldorf, 1150 Quadratmeter Pflastersteine aus Grauwacke für d. Ladestr. auf Bahnhof Düsseldorf-B. — Stadtbauamt in Altona, Tief- und Bogensteinen (Straßenkantenteile) für 1908. Bed. und Zeich. durch die Baukommission. — Hochbauamt in Gelsenkirchen, Lieferung 1: 720 Quadratmeter Haupteinblendung b. Sodel in Anröchter Dolomit oder Kohlenfundstein. Lieferung 2: 200 Kubikmeter Werkstücke aus Sandstein. Lieferung 3: Bildhauerarbeiten für das Meagymnasium. — Kgl. Generaldirektion der Posten und Telegraphen in Stuttgart, Terrazzoarbeiten u. a. f. d. Posthausneubau in Walthe. Bed. im Postamt in Walthe zur Einricht. — Kgl. Militärbaumeister in Mühlhausen i. E. Lieferung 2: Steinmehlarbeiten für ein Stabsgebäude, zwei Mannschaftsgebäude, drei Familiengebäude, ein Wirtschaftsgebäude, ein Kammergebäude und ein Exerzierhaus zum Neubau eines Infanteriearsenals in Neubreisach. — Kreisbauamt in Magin, Lieferung 1: 788 Kubikmeter Pflastersteine für die Chauffee Dirwehlen-Schillchen. — Gemeindevorstand Rug in Schwedenhöhe bei Bromberg, Arbeit und Lieferung zur Neugestaltung und Befestigung von 8612 Quadratmeter Pflaster in Schwedenhöhe in einem Lose. — Hochbauinspektion in Meß. Lieferung 2: Steinmehlarbeiten (15 Kubikmeter Granitstufen und Schwellen, 12 Kubikmeter Sandsteinstufen und Platten, 579 Kubikmeter Haupteine für das Lehrerseminar zu Montigny. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion III in Steffin, 1800 Quadratmeter Reifpflastersteine. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion in Osterode, Lieferung 1: Erd-, Maurer-, Zimmer-, Steinmehlarbeiten usw. für zwei Baufamilienhäuser für Unterbeamte und Arbeiter in Osterode (Ostpr.). — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion II in Halle a. S. Lieferung von 551 Kubikmeter Reifpflastersteine zweiter Klasse. — Kirchenvorstand in Hochneukirch, Lieferung 2: Steinmehlarbeiten für ein Krankenhaus. — Kgl. Eisenbahndirektion in Köln, 85 200 Kubikmeter Reifschlag und 50 200 Kubikmeter Reifschlag. — Kreisbaumeister Stübgen in Hanau, Steinmehlarbeiten zum Neubau der Gemeindegemeinde nebst Abortgebäude in Niederrödenbach. — Stadtbauamt in Sonnef. 1250 Quadratmeter Melaphytpflastersteine, 10/16 Zentimeter, frei Bahnhof Sonnef. — Tiefbauinspektion I in Bremen, 3000 Quadratmeter Pflastersteine aus Duntfandstein oder einem Material ähnlicher Güte. — Städtisches Tiefbauamt in Forstheim, 800 Quadratmeter Reifpflastersteine und 500 Quadratmeter Mosaspflastersteine. — Kgl. Eisenbahnbauabteilung in Grottau, 1300 Kubikmeter Reifschlag und 3900 Kubikmeter Bruchsteine für vier Bauwerke in Lieferung 1 der Neubaustrecke Otmachau-Briebrorn. — Dombaumeister Hertel in Köln, Lieferung 2: Steinmehlarbeiten für die katholische Kirche zu Uedendorf (Siegetreis). — Umschergenossenschaft in Essen a. Ruhr, Lieferung und Herstellung von rund 1000 Quadratmeter Pflaster aus Mühlsteinen für die Verlegung von 425 Meter Bordsteinen aus Basaltlava für vier in der Nähe des Bahnhofs Neumühl gelegene Umschergärten. — Kgl. Kreisbauinspektion in Merseburg, Liefer-

zung 5: Steinmetzarbeiten für den Neubau des Lehrerseminars in Merseburg. — Stadtbauamt in Marburg a. S. Lieferung 1 und 3: Erd-, Maurer-, Asphalt- und Steinmetzarbeiten einschl. Materiallieferung für das Bezirkskommandogebäude. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion in Garmeln. Erd-, Maurer-, Steinmetzarbeiten usw. für das neue Empfangsgebäude auf Bahnhöfen Wünder a. D. — Großh. Wasserbauamt in Mainz. Anlieferung v. 300 Kubikmeter Wasserbausteine f. 1908 f. die Strecken Gießen—Landesgrenze bei Heuchelheim an der Bahn in einem Lofe. — Großh. Wasserbauamt in Mainz. Anlieferung von Steinen f. 1908: 1200 Kubikmeter Wasserbausteine für die Strecke v. Mainzlingen bis Offenbach u. v. Kellertbach bis zur Mainmündung in drei Losen von 300, 500 und 400 Kubikmeter. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion IV in Breslau. 536 Tonnen bearbeitete Granitpflastersteine f. d. Zufuhrstraßen und Laderampen auf d. Stationen Stradam u. Groß-Wartenberg u. 362 Tonnen bezgl. f. d. Zufuhrstraße zwischen Güterschuppen 1 und 2 auf Bahnhof Breslau-Oberort. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion I in Göttingen. 32 Kubikmeter Granitwerkstücke f. d. Personentunnel auf Bahnhof Northeim. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion II in Essen. Pflasterung des südlichen Teiles der Laderampen (1400 Quadratmeter) auf dem Bahnhof Essen—Segeroth, einschl. Lieferung der Pflastersteine. — Landrat in Rogilno. Arbeiten und Lieferung für Herstellung einer 4500 Meter langen Freischaufler von Rogilno nach Alttraben und einer 2800 Meter langen Chaufler von Rogilno nach Jankowo. — Magistrat in Dichtenberg bei Berlin. Ausführung von Pflasterarbeiten in den Straßen 35 und 35a sowie in Teilen des Triftweges und der Frankfurter Chaufler zu Dichtenberg (rund 2000 Meter Vorhöhlen, 9500 Quadratmeter Reihenspaltplaster 3. Klasse auf Stein Schlagbettung, 4200 Quadratmeter Mosaikplaster u. a.) einschl. der Materiallieferung. — Kgl. Eisenbahnbetriebsinspektion IV in Breslau. Lieferung von 320 Tonnen beschlagenen Granitpflastersteinen zur Neupflasterung der Laderampe auf Bahnhof Zedlitz.

Ein Trick der Berufsgenossenschaften.

Bekanntlich wird bei den der Unfallversicherung unterstehenden Arbeitern die Unfallrente nach dem im letzten Jahre vor dem Unfälle verdienten Jahresarbeitsverdienste bemessen. Bis jetzt weiß man nur davon, daß die Berufsgenossenschaften, wenn einmal eine Rente ausgeworfen und bezahlt werden muß, diese wieder mit allen Mitteln herabzusetzen oder gar zu entziehen suchen. Es ist ja hinlänglich bekannt, mit was für Spitzfindigkeiten die Berufsgenossenschaften arbeiten, um diese an und für sich minimalen Leistungen, zu denen sie dem Verletzten gegenüber verpflichtet sind, auf das minimalste Maß herabzusetzen. Ein anscheinend neuer Trick, dieses Ziel zu erreichen, wird aber von der Berufsgenossenschaft für das Buchdruckgewerbe, Sektion VII, angewendet. Er verdient tiefer gegangen zu werden, um zu zeigen, daß auch das Kleinste nicht unversucht gelassen wird, um den Vorteil der Berufsgenossenschaft und den Nachteil der Verletzten wahrzunehmen.

Ist ein Unfall eingetreten, so meldet der Unternehmer diesen der Berufsgenossenschaft, der Verletzte stellt seine Ansprüche bei derselben und harret nun der Dinge, die da kommen sollen. Die Berufsgenossenschaft sendet dann gewöhnlich an den betreffenden Unternehmer ein Deklarationsformular, auf dem der letzte Jahresarbeitsverdienst des Verletzten angegeben ist. Nun enthält dieses Formular obiger Berufsgenossenschaft in hervorgehobenem Drucke die Bemerkung, daß Ueberstundenverdienste in den Lohn nicht eingerechnet werden dürfen. Sie beruft sich hierzu auf den § 10 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes. Dieser § 10 enthält nun aber keine Silbe darüber, daß dies nicht der Fall sein darf. Sondern im Gegenteil wird in diesem Paragraphen im Absatz 1 auf den § 6 hingewiesen, der besagt, daß „als Gehalt oder Lohn im Sinne dieses Gesetzes auch gelten: Lantien, Naturalbezüge und sonstige Bezüge, welche den Verletzten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden.“

Da nun bei der Rentenberechnung sowie nur zwei Drittel des wirklichen Arbeitsverdienstes zur Berechnung kommen, der 1500 Mark überschneidende Betrag aber nur mit einem Drittel in Anrechnung gebracht wird, so ist diese Ueberbetrachtung des Ueberstundenverdienstes um so verwerflicher und durchaus ungesetzlich. Hier ist bewiesen, daß die Berufsgenossenschaften nicht nur die kleinsten Vorteile für sich zum Nachteile der Verletzten aus dem Gesetze herauszusuchen, sondern sogar solche Nachteile hineinlegen. In den allermeisten Fällen wird selbst der humanste und liberalste Unternehmer keinen Zweifel an der Richtigkeit der von der Berufsgenossenschaft angeführten Bestimmungen hegen. Denn die Berufsgenossenschaft muß es ja wissen, die geht ja fortwährend mit diesen Gesetzen um. Der Verletzte aber wird, wenn er überhaupt das Formular mit dem betreffenden Passus zu Gesicht bekommt, ebenfalls keinen Zweifel dazwischen setzen und sich düpierten lassen; wenn er aber dennoch aufstrebend wird, stehen ihm gewöhnlich die einschlägigen Gesetzbücher nicht zur Verfügung. In allen Fällen sollte der Verletzte auch bei anscheinend klar liegenden Unfallsachen nicht versäumen, den Rat sachkundiger Personen, wie sie durch die Arbeitersekretariate gegeben sind, einzuholen.

Die Arbeiter der Berufe, die der Buchdruckerberufsgenossenschaft unterstehen, sind zum größten Teile Saisonarbeiter, die in der Zeit des Hochdrucks oft mit Ueberstundenverdienst rechnen und rechnen müssen; schon aus dem Grunde, als in der Zeit der Flaue größere oder geringere Arbeitslosigkeit nie ausbleibt. Daß da bei dem Berechnungsmodus der Buchdruckerberufsgenossenschaft der Verletzte nicht unempfindlich geschädigt wird, ist ohne weiteres einleuchtend. Die Deklarationsformulare aber kommen dem Verletzten überhaupt nicht oder in den aller seltensten Fällen in die Hände, so daß er einer derartigen unrichtigen Angabe des Arbeitsverdienstes absolut machtlos gegenübersteht. Es entzieht sich meiner Kenntnis, inwiefern dieser Trick auch von andern Berufsgenossenschaften angewendet wird, daß er aber angewendet wird, ist ebenso traurig als wahr.

Die einzige Möglichkeit des Arbeiters, sich hier vor zu schützen, besteht darin, daß er über seine Einnahmen genau Buch führt. Jede Woche in sein Notizbuch oder Arbeiternotizkalender seinen Lohn einträgt, natürlich zugänglich aller Kassengelder, um stets in der Lage zu sein, die ausgeworfene Rente einer Kontrolle zu unterziehen. Ist er geschädigt, steht ihm der Klageweg offen, und den zu beschreiten, sollte kein Verletzte versäumen.

Leipzig. Gustav Krüger.

Rundschau.

Der Streik ist ein Friedensmittel! Das behauptet nicht etwa ein „roter Klassenkämpfer“, sondern die Textilarbeiterzeitung des Zentrumsabgeordneten Schiffer! In einer Polemik gegen die „Berliner“ (katholische Fachabteilungen), die den Streik verwerfen, sagt die genannte Zeitung (Nr. vom 28. März) in auffälliger Schrift:

„Die Tatsachen beweisen auch, daß die christlichen Gewerkschaften durch den Streik mehr für den sozialen Frieden getan haben, als die „Berliner“ mit ihrer übertriebenen Betonung der Harmonie zwischen Kapitalist und Arbeiter.“

Der Streik als soziales Friedensmittel proklamiert von einem „christlichen Gewerkschaftsblatt“ — wer hätte sich diese Entwicklung der „Nichtkampfbereine“ träumen lassen?

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe sind Montag abend in Leipzig beendet worden. Am Sonntag waren nachträglich die beiderseitigen Vertreter von Hamburg, die es in voriger Woche noch abgelehnt hatten, nach Leipzig zu kommen und sich

einem Schiedspruch zu unterwerfen, erschienen und haben vor der Schlichtungskommission verhandelt. Am Montag abend hatte die Schlichtungskommission nach dreitägiger Dauer ihre internen Beratungen beendet und die erforderlichen Schiedsprüche gefällt. Diese wurden in einer Schlußsitzung den Vertretern der Zentralvorstände bekanntgegeben, die nunmehr die einzelnen Verträge aufzustellen oder abzuändern haben, um sie alsdann den in Frage kommenden 24 Städten zur Beschlußfassung zu übersenden. Alle Verträge haben eine dreijährige Dauer, und zwar bis zum 11. Februar 1911. Der Abkammertermin bildete einen der hauptsächlichsten Streitpunkte in den monatelangen Verhandlungen, da der Unternehmerschutzverband bis zuletzt darauf bestand, die diesjährigen Verträge gleichzeitig mit den im Vorjahre für Berlin, Leipzig, Dresden, Halle usw. abgeschlossenen am 12. Februar 1910 ablaufen zu lassen. Dies Verlangen hat der Holzarbeiterverband strikte abgelehnt und hätte auch die Einigung auf der ganzen Linie daran scheitern lassen.

Bekanntlich fanden die Verhandlungen unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dr. Verlorenhoff statt.

Schwere Verletzungen erlitt der Steinbrucharbeiter Günther in Quallau dadurch, daß er unter einen schweren umstürzenden Stein geriet, der ihm beide Beine zerschmetterte.

Quittung.

Für die Familien der inhaftierten Kollegen des Ruhrgebietes gingen an freiwilligen Beiträgen vom 28. März bis 13. April folgende Gelder ein:

Zahlstelle	Mk.	Zahlstelle	Mk.
Lubmigsbafan	7.—	Obernheim	5.—
Ober-Mörlen	5.70	Nordendorf	5.—
Strehlen	80.15	Ochsenfurt, durch Lampe	5.—
Steinen	5.—	Frankfurt a. M.	20.—
Bamberg	3.55	Heidelberg	8.60
Wentz-Nachwitz	13.—	Cravinkel	25.—
Marltbreit	30.—	Hilbesheim	5.—
Berlin II	25.—	Blagwitz-Löwenberg	20.—
Bunzlau	20.—	Gera	10.—
Wünschelburg	11.10	Neuba	10.55
München	100.—	Sulzfeld	5.—
Lübeck	20.—		
Chemnitz	20.—		
	290.50	Summa	409.65

H. Mittenmeier, Gauleiter, Würzburg, Wagnerplatz 7, II.

Gewerkschaftssekretariat Markt-Redwitz.

Für den östlichen Teil von Oberfranken und die Oberpfalz als Gewerkschaftssekretär gewählt, habe ich bereits meine Tätigkeit begonnen. Alle Zuschriften wegen Versammlungen und Organisations-

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Kattowitz.

Sonntag, den 26. April, nachmittags 3 Uhr, findet im **Gewerkschaftslokal in Kattowitz, Rathausstraße 12, eine Öffentl. Steinarbeiter-Versammlung** statt. — Tagesordnung: 1. Gewerkschaftsbewegung, Wert und Nutzen der Organisation. Referenten: Andersch und Rissar. 2. Verschiedenes. — Es ist Pflicht eines jeden Berufsgenossen, pünktlich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Steinmetzschule zu Berlin

Neanderstrasse 3, v. III. Ausbildung zum Steinmetztechniker, Meister, Architekten. Abendkurse. Stukkateurschule. Tageskurse.

Umfassendes Fachwissen

im Hoch- und Tiefbau sowie im Stukkateur- und Steinmetzberuf erlangt man durch die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld. Glänzende Erfolge. Ansichtsend. über jedes einzelne Unterrichtsfach. Prosp. u. Anerkennungsschr. grat. u. fro. **Bonnack & Hachfeld, Potsdam. K. 2.**

Albert Baumann

Werkzeugfabrik **Aue (Erzgeb.) Preisliste** über alle **Steinmetz-Geschirre** versende gratis! Lieferung sofort.

Korbessel

neuester Art, für 6.30 und 7.20 A. Neben erfindendes Geschenk, direkt v. Korbmöbelfabrik **Julius Tretbar, Grimma 627.**

Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.

Neuheit! Gesteinsbohrer-Härte- und Schärföfen.

Bei diesen Öfen kann ein **Verbrennen des Bohrstahles nicht** stattfinden. Der Bohrstahl behält immer seine Güte. **Wichtig für jeden Bohrbetrieb.** Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.

Jeder Steinmetz

kann sich nebenbei durch Verkauf einiger guter Artikel hübschen Nebenverdienst schaffen. Adr. senden unt. **8320** an die Exp. d. Bl.

Steinmetzen

auf rohe Granitarbeit werden gesucht. **Carl Schulze, Steinmetzmeister, Frankfurt a. O.**

angelegenheiten und Auskunfterteilung bitte ich an die untenstehende Adresse zu richten.

Zur mündlichen Auskunfterteilung, welche an alle Personen ohne Unterschied des Berufs, der Konfession und des Wohnortes erteilt wird, ist vorerst der Freitag jeder Woche festgesetzt, und zwar: Vormittags von 9—1 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr. Alle Anfragen und Zuschriften sind zu richten an **Mich. Weiß, Markt-Redwitz Nr. 377.**

Allgemeine Bekanntmachungen.

Welschach. Es diene allen Vertrauensleuten zur Kenntnis, daß solche Kollegen, z. B. vom Maintal und dem Steigerwald, die ohne Verbandsbuch zugereist kommen, kein Glauben zu schenken ist. — Auf Kapar Bühl aus Trossenfurt ist besonders zu achten, der ja ein bekannter Arbeitswilligen-Agent ist. **Der Vorstand**

Duisburg. Das Mitgliedsbuch Nr. 34265, auf den Namen **Schüke** lautend, wurde gestohlen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. **Der Vorstand**

Wien a. Nö. Ersuche die Vertrauensleute allerorts, mir die Adresse des Steinmetzen **Attilio Luis** aus Venedig angeben zu wollen. **Karl Neubrück, Kassierer, Weichershof 49.**

Adressen-Henderungen.

Sagrent. Kass.: **Georg Schöberlein, Kreuz 56.**
Bernd. Dorf.: **Leonhard Kost, Kurhausstraße 49b.**
Dortmund. Dorf.: **Robert Fied, Kornstraße 245, III.**
Münster. Kass.: **Franz Brackmeier, Sonnenstraße 27-28, G.**
Dessau. Dorf. u. Kass.: **Willy Günther, Adlerstraße 59.**
Halberstadt. Dorf. u. Kass.: **Wilh. Stabler, Weingarten 17.**

Briefkasten.

Odenwald. Ja, wieder auf zwei Jahre infalliert. Etlche Hautabschürfungen gab es selbstredend. Besten Dank für Kartenzug. — **G.** Erscheint in nächster Nummer. Die eingegangenen Korrespondenzen konnten des Verbandsstages halber nicht alle erledigt werden. — **Wiesbaden, G.** Jetzt hätte die Begründung ja keinen Zweck mehr. Beien Gruß. — **Reffelsdorf, A.** Es bleibt beim alten. Viele Grüße. — **A. 50.** Wir kommen mit Bestimmtheit später darauf zurück.

Der Photograph **Karl Pinkau, Leipzig, Lauchaer Straße 9,** hat das **Verbandsstagsgruppenbild von Kassel** auch im **Format von Ansichtskarten** hergestellt. Die Ansichtskarte kostet pro Stück 10 Pfg., Porto bis zu 2 Dugend Versand bloß 5 Pfg. Bei der Bestellung ist der Betrag in Briefmarken gleich mitzusenden. Die Karten sind sehr gut gelungen. Die Bestellungen sind direkt an **Pinkau** zu richten.

Einige Mühlsteinhauer

die mit der Herstellung zusammengesetzter Sandstein-Mühlsteine vertraut sind, sucht sofort für dauernde Beschäftigung im **Alford C. Mosqua Hildesheim, Spetzerstraße 70/77.**

Tüchtigen Steinmetz

auf **Grabsteinarbeit**, der auch sauber **Granitschrift** hauen kann, stellt sogleich ein, event. auch dauernd **E. Zimmermann in Strausberg b. Berlin.**

Tüchtigen Schmied

für **Granit-Werkzeuge** sucht sofort **Artur Gert, Granitwerke Königsberg (Ostpreußen) Landhofmeisterstraße 5/6.**

Einigen jüngeren zuverlässigen Steinmetz

auf **Grabdenkmälern** sucht sofort **Johann Waltermann, Brake (Rippe-Deimold).**

Tüchtiger Marmorfleiser u. Polier

sofort gesucht. **R. Lauschke & Co., Einbeck.**

Einige tüchtige Granitschleifer

finden dauernde Beschäftigung. **Friedrich Krapp, Granitwerk, Eisenach.**

Tüchtige Steinmetzen und Bossierer

auf **harten Kalkstein** werden noch eingestellt. **Deutsche Travertinwerke Langensalza.**

Martin Mulzer, wo bist Du? Es sucht Dich

Dein Bruder Adam. Deine Mutter ist gestorben. **Adam Mulzer, Berneck.**

Gestorben.

In **Chemnitz** am 15. März der Kollege **Zulius Gumbold**, 85 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
 In **Dessau** am 28. März der Kollege **Karl Schönefeld**, 44 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
 In **Dresden** am 4. April der Kollege **Reinhold Breintl**, 42 Jahre alt, an der Brustkrankheit. — Am 5. April der Kollege **Paul Rabstein**, 20 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
 In **Kirchberg** am 8. April der Kollege **Kurt Schott**, 56 Jahre alt, an Magenverhärtung.
 In **Dutter am Berge** am 11. April der Kollege **Willy Bornemann**, 56 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
 In **Ditterbach** am 26. März der Kollege **Franz Müller**, 22 Jahre alt, an einem Nierenleiden.
 In **Strehlen** am 5. April der Kollege **Karl Fieger**, 44 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: **H. Staudinger, Leipzig.**
 Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.
 Rotationsdruck der **Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.**

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 16

Sonntag, den 18. April 1908.

12. Jahrgang

Unser Kasseler Verbandstag.

Zweiter Verhandlungstag.
(Nachmittags-Sitzung.)

Zu Punkt B:

Streiks und Tarifwesen.

Referierte Kollege Staudinger. Redner gibt in seinem Vortrage eine geschichtliche und wissenschaftliche Darlegung der Tarifverträge im Verufe. Er zeigt die große Vermehrung der in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter. Gegenwärtig seien 167 Tarife im Verband abgeschlossen, die Geltung für 1444 Werksplätze oder Brüche haben. Beschäftigt sind 18 519 Arbeiter, davon organisiert 12 759 Kollegen. Der Redner behandelt dann die Bedeutung der Tarife und ihre Positionen. Auch der Bedeutung der Streikklausel müsse mehr als bisher Beachtung geschenkt werden. Redner warnte noch davor, über die Taktik bei Lohnbewegungen aufviel in den Versammlungen bekannt zu geben.

Die zweifelhafte Rede wurde mit großer Zustimmung aufgenommen.

Dritter Verhandlungstag.

In der Vormittags-Sitzung wird nun über Streiks und Tarifwesen diskutiert.

Schmidt-Bahrenth eröffnet den Reigen und betont, daß er den Tarifabschlüssen skeptisch gegenüberstehe und keine Friedensdokumente darin erblicken könne. Redner bezeichnet den abgeschlossenen Arbeitsvertrag im Fichtelgebirge als nicht besonders günstig.

Mittenmeier-Würzburg bespricht nochmals ausführlich den Streit im Muschelkalkgebiet und schildert die Schwierigkeiten der Kontrolle im Streikgebiet, denn es seien 27 Orte im Streik gewesen. Redner ist der Meinung, daß nicht die Streikbrecher im Muschelkalkgebiet allein den Mißerfolg gebracht hätten, sondern es sei, wenn auch ohne Wissen der Kollegen, viel fertige Arbeit im übrigen Deutschland hergestellt worden. Er bedauerte die unersichtlichen Prozesse, aber die Streikbrecher waren die Protagonisten.

Müller-Wildemann (Gara) schildert eingehend die Schwierigkeiten der Tarifabschlüsse für die Kollegen in der Pfälzer-Steinindustrie.

Walter-Leipzig gibt den Briefwechsel von der Gauleitung Würzburg mit dem Vorstand bekannt. Er bespricht noch die Streiks von Elberfeld und Breitenborn (Hessen) und beleuchtet die einzelnen Anträge vom Standpunkt der Zentrale aus.

Seidel-Dresden bespricht die Verhältnisse bei den Lohnbewegungen in Wirta und Dresden. Er wünscht dringend, daß die Zentrale bei Einleitung der Streiks mehr mündliche Ansprachen mit den beteiligten Gauleitern herbeiführen müsse. Redner ermahnt die Delegierten, bei Verhängung der Sperren sehr vorsichtig zu Werke zu gehen.

Gewe-Berlin teilt mit, daß die Berliner organisierten Steinarbeiter keine Streikarbeit beim Muschelkalkstreik gemacht haben.

Sinz-München bespricht das Tarifwesen im allgemeinen, ebenso den Tarifablauf in München.

Reithmeier-Berlin bespricht die Bedeutung der Tarife für unser Gewerbe, betont aber, daß die Tarife sorgfältig aufgestellt werden müssen, hier sei es von Vorteil, wenn die Kollegen rechtzeitig den Gauleiter zu Rate zögen.

Gauleiter Herrmann-Köln bespricht eingehend die Ursachen und den Verlauf der Streiks zu Elberfeld und Düsseldorf. Bei den künftigen Streiks sei es von großem Vorteil, wenn die Zentrale von den Gauleitern der einzelnen Landesteile über die Lage des Arbeitsmarktes gut unterrichtet würde. Es sei dann viel leichter, Streikende zur Abreise zu bewegen.

Redner bespricht noch die Wichtigkeit der Arbeitsnachweise und bedauert, daß die Unternehmer den paritätischen Arbeitsnachweisen so feindselig gegenüberstehen.

Es sprechen noch die Kollegen Heller und Seidel-Dresden.

Dann nimmt Genosse Knoll, Vertreter der Generalkommission, das Wort zu längeren Auseinandersetzungen über den Wert von Tarifverträgen mit den Unternehmern. Seine Ausführungen gipfeln darin, daß es in der Entwicklung der Gewerkschaften und dem jetzt organisierten Unternehmertum, wie überhaupt in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sei, daß immer mehr Tarifverträge abgeschlossen würden, daß die ört-

lichen Tarifgebiete immer mehr erweitert und daß schließlich die Tarifverträge für das ganze Land abgeschlossen würden.

(Der Nachmittag war frei, es wurde ein Ausflug nach Wilhelmshöhe unternommen.)

Vierter Verhandlungstag.

Beim Eintritt in die Verhandlungen überbringt der Sekretär des internationalen Steinarbeitersekretariats, Genosse Kolb aus Zürich, die Grüße der schweizerischen Kollegen.

Nach dem umfangreichen Schlußwort des Koll. Staudinger, wurde das Streikreglement in abgeänderter Form angenommen. Die Streikunterstützung selbst soll vom vierten Tage an gewährt werden, und bei einem Wochenbeitrag von 45 Pfg. 9 Mk., bei 50 Pfg. 10.50 Mk. und bei einem solchen von 55 Pfg. 12 Mk., und für jedes Kind unter 14 Jahren in allen Klassen 1 Mk. pro Woche betragen. Falls bei Streiks verheiratete Mitglieder das Streikgebiet verlassen, so soll den Familien die Hälfte der Streikunterstützung so lange gewährt werden, wie die Arbeitslosigkeit durch Streiks dauert. Auch soll den fremdsprachlichen Arbeitern bei Streiks eine einmalige Abreiseunterstützung, deren Höhe Vorstand und Gauleiter bestimmen, gezahlt werden.

Ueber

Agitation

referiert Helmig-Hannover, der der Meinung Ausdruck gibt, daß die Agitation unter den Steinarbeitern einen der wichtigsten und schwierigsten Beratungspunkte bilde, da die Steinarbeiter nach der geologischen Beschaffenheit der Erde in den entlegensten Gegenden, bis hoch zum Brocken und Feldberg, wie in den verstecktesten Tälern und Schluchten aufzufinden sind, wo sie stundenweit von den Verkehrswegen entfernt in Wind und Wetter unter ständlicher Gefahr ihres Lebens in der fluchtwürdigen Affordarbeit schuften und schängen im Interesse des Geldsacks. Tausende Proletarier der Steinindustrie gehen jährlich, durch die wahnwitzige Produktionsmethode und weil die Unternehmer auf die Gesetze pfeifen, zugrunde. Bei den berufstatistischen Erhebungen wurden 899 Frauen ermittelt, die unter großen körperlichen Anstrengungen in der Steinindustrie, ja sogar über die Hälfte entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, beschäftigt werden. Die Bundesratsbestimmungen werden hier vollständig außer acht gelassen. Doch diesen Zuständen steht eine große Anzahl der Steinarbeiter stumpf und gleichgültig gegenüber, so daß durch den Unbestand der eigenen Berufsangehörigen die Agitation ungeheuer erschwert wird. Auch bildet die heilige Dreieinigkeit: Geldsack, Polizei und Geistlichkeit einen großen Hindernisgrund für die Agitation. Redner betont, daß bei der Agitation weder Leistige noch Theorien festgelegt werden können, denn nach Thejen kann die Agitation nie und nimmer betrieben werden, die Art derselben muß vielmehr dem Laikgefühl der Agitatoren überlassen bleiben. Die Agitation muß von Mund zu Mund auf den Arbeitsplätzen, auf den Wegen von und zu der Arbeit betrieben werden. Durch diese Alleinarbeit kann sehr viel, unter Umständen mehr als durch Versammlungen, erreicht werden. Auch sollten die Poststellen viel mehr Aufmerksamkeit auf die Errichtung von Bibliotheken richten, um den Kollegen durch Broschüren sozialpolitischen Inhalts den Blick zu weiten und Interesse für derartige Fragen zu wecken. Die Aufklärungsarbeit unter den Frauen hält Redner für dringend notwendig im Interesse des kulturellen Aufstieges der Steinarbeiter im allgemeinen und für die gesunde Entwicklung der jungen Generation im besondern.

Redner schließt seine Ausführungen mit den Worten: Kollegen, scheuen Sie keinen Unbanf, keine Strapazen und keine Enttäuschungen irgend welcher Art, werben und agitieren Sie, bis auch der letzte Steinarbeiter für uns gewonnen ist. (Lebhafter Beifall.)

In der

Debatte

über den Punkt Agitation eröffnet Kalbfuß-Dürheim den Reigen mit Schilderung der Verhältnisse, die in der Hinterpalz die Agitation hindern. Die Steinarbeiter sind dort so rückständig, daß sie sich in den Nachbargebieten als Lohnbrüder gebrauchen lassen. Weit über zweitausend Steinarbeiter sind hier zu gewinnen, so daß die Anstellung eines Bezirksführers für dieses Gebiet sich wohl lohnen würde. Gauleiter Braun äußert sich zur Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern und betont, daß diese nunmehr nach Annahme des § 7 des neuen Vereinsgesetzes sich hauptsächlich in schriftlichen Bahnen bewegen müsse, um die dem deutschen Organisationsgebilde vollständig fremd gegenüberstehenden Kollegen mit unserer Organisationsform be-

kannt zu machen, damit sie nicht zum Schaden der gesamten Arbeiterchaft sich als Lohnbrüder gebrauchen lassen.

In verschiedenen Anträgen wird die Anstellung von mehr besoldeten Gauleitern oder Bezirksleitern gefordert. Der Vorsitzende Starke äußert sich hierzu und betont, daß der Zentralvorstand gewillt ist, für den bairischen Gau einen besoldeten Bezirksführer anzustellen.

Kollege Herrmann schildert die Lohnbrüdererei der belgischen Steinarbeiter, die ins Rheinland kommen, weil sie ihre Arbeitskraft in ihrer Heimat nicht mehr verwenden können, da durch den hohen deutschen Zolltarif die Ausfuhr des belgischen Marmors erschwert ist. Dies hat natürlich verminderte Arbeitsgelegenheit zur Folge und die brachliegenden Arbeitskräfte überschwemmen die Grenzgebiete. Ebenfalls schildert Redner einen Trid, den die Unternehmer anwenden, um Arbeitslöhne zu ersparen; derselbe besteht darin, daß Steine an der Grenze von Luxemburg auf deutschem Gebiet gebrochen und dann zur Bearbeitung über die Grenze geschafft werden. Aus dem einfachen Grunde, weil dort noch der dreizehntägige Arbeitstag herrscht und keine Bundesratsbestimmungen Geltung haben, und damit der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft Tür und Tor geöffnet ist.

Betreffs der Unterrichtskurse in Berlin macht Staudinger noch einige Ausführungen, weil von einigen Kollegen der Meinung Ausdruck gegeben ist, dieselben haben nicht die Früchte getragen, die man erwartet habe. Redner ist der Ansicht, daß sie voll und ganz ihren Zweck erfüllt haben.

Es werden Vorschläge aller Art gemacht, wie die Kollegen herangebildet werden können zu brauchbaren Mitgliedern der modernen Arbeiterbewegung. In krafftvoller Weise wird den Bestrebungen der Steinarbeiter nach Bildung, Freiheit und Brot Ausdruck gegeben und die Errichtung von Bibliotheken, der Vertrieb von Broschüren und das Studium von Fach- und Parteizeitungen empfohlen.

Nachdem circa 25 Delegierte aller Branchen der Steinindustrie zum Wort gekommen sind, wird die Verhandlung vertagt.

Fünfter Verhandlungstag.

Die Sitzung beginnt mit der Fortsetzung der Debatte über die Agitation.

Durch Schlußantrag wird dieselbe beendet. Im Schlußwort betont der Referent, daß ihm die Kritik seines Referats recht freue, lege sie doch Zeugnis von der regen Mitarbeit der Kollegen ab. Zu den Anträgen übergehend, warnt Redner, den Wünschen der bairischen Delegierten nachzugeben, da dadurch gar zu leicht eine Gaugrafschaft nicht entstehen könne. Ein Bureau für ganz Bayern sei aber nicht praktikabel für die Entwicklung des Verbandes. Auch der Aufklärung der Frauen widmet Redner noch einige Worte und feuert die Kollegen an, in Zukunft die Frauen mit in die Versammlungen zu bringen, damit sie sich von dem Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung überzeugen. Wenn so der Unbestand der Massen bekämpft wird, dann werde es möglich sein, die circa 125 000 Steinarbeiter in der Organisation zu vereinen. Beschlossen wurde durch momentliche Abstimmung mit 44 gegen 23 Stimmen, einen weiteren Gauleiter für Bayern anzustellen. Ferner soll für die Pfälzer-Steinbranche die Agitation intensiver betrieben werden als bisher. Den Kollegen in Desterreich soll eine einmalige Summe von 800 Mark als Agitationsbeihilfe gewährt werden.

Zu Punkt Organisation nimmt Walter-Leipzig das Wort:

Die Gründung des Zentralverbandes habe ungeheure Vorteile für die Steinarbeiter gebracht. Zurzeit sind zehn Funktionäre im Verband tätig, um die Interessen der Mitglieder zu wahren. Das Fundament des Verbandes steht fest und sicher, nun gelte es, den inneren Ausbau desselben zu fördern und dazu gehöre vor allen Dingen, gesunde Massenverhältnisse zu schaffen. Den Gauleitungen wird anheimgegeben, sich mehr um die Massenverhältnisse in den Zahlstellen zu kümmern. In der Einführung der Krankenunterstützung sieht Redner kein Mittel, die Fluktuation der Mitglieder zu hemmen. Im letzten Jahre sind kaum ein Drittel der eingetretenen Mitglieder geblieben, trotz der gestellten Krankenunterstützung, die 27 344,50 Mk. betrug. Alle gestellten Anträge, die auf Verkürzung der Karenzzeit und auf Erhöhung der Unterstützungssätze gestellt wurden, sind nach Meinung des Redners unannehmbar. Uebergehend zur Einführung der Erwerbslosenunterstützung gibt Redner der Meinung Ausdruck, daß dieselbe für die Steinarbeiter nicht einzuführen ist. Im Jahre 1901 war dieselbe in 21 Verbänden eingeführt, und mußten diese Verbände insgesamt eine Summe von 128 197 Mk. dafür verausgaben, macht im Durchschnitt pro Organisation 15 254 Mk. Im Jahre 1906 war die Erwerbslosenunterstützung in 43 Verbänden eingeführt und er-

kommener Zustand der persönlichen Sicherheit, der Leiblichen und geistigen Bedürfnisbefriedigung, endlich des Verhältnisses zwischen beiden Geschlechtern das wahre Ideal der weitesten Volkskreise bilden. Dann wird das Ideal dem einzelnen wie den breiten Volksmassen nicht mehr als ein Zubehörfremder, von oben auferlegter Bestrebungen, sondern als die Ausgestaltung und Vollendung der eigenen Interessen entgegengetreten.

Vorfrühling.

Von Paul Geh

Stürme brausten über Nacht,
Und die kalten Wipfel troffen,
Frühe war mein Herz erwacht,
Schüchtern zwischen Furcht und Hoffen.

Gorch, ein trautgeschwäg'ger Ton
Dringt zu mir vom Wald hernieder,
Nisten in den Zweigen schon
Die geliebten Amseln wieder?

Dort am Weg der weiße Streif —
Zweifelnd frag ich mein Gemüte:
Ist's ein später Winterreif
Oder erste Schilfenblüte?

Aphorismen.

Es ist vielleicht das schrecklichste Geschenk, das ein feindlicher Genius dem Zeitalter machte: Kenntnisse ohne Fertigkeiten.
Pestalozzi.

Vielen teile deine Freuden,
Allen Munterkeit und Scherz,
Wenig Eblen deine Leiden,
Auserwählten nur dein Herz.

Calis.

Von ihren Grundsätzen zu reden, ist am meisten denen eigen, die gerade unter der Herrschaft nur ihres Naturells stehen.
Karl Gutzkow.

Die egoistischen Interessen der Großen und die Ideale der Kleinen.*

Der beste Zustand der bürgerlichen Gesellschaft kann auf zwei scheinbar entgegengesetzten Wegen erreicht werden: Entweder dadurch, daß das Handeln aller ihrer Mitglieder durch einen einsichtigen und energischen Egoismus, oder daß es umgekehrt durch ein allgemein verbreitetes Gefühl der Brüderlichkeit und der Hingebung beherrscht wird. In dem ersten Falle wird jeder Bürger, wenn ihm von dem Staate, der Kirche, oder einzelnen Personen Opfer zugemutet werden, vor allem erwägen, ob dabei seine persönlichen Interessen auch ihre Rechnung finden und er wird dadurch seine Mitbürger zwingen, ihrem Handeln das Interesse aller zugrunde zu legen. Setzt man dagegen die Opferwilligkeit und die Hingebung voraus, so wird zwar jedermann die fremden Interessen in demselben Maße wie die eigenen zu fördern versuchen, aber er wird dafür in der gleichen Handlungsweise aller andern den vollen Gegenwert empfangen. Kurz, Selbstsucht und Hingebung, obgleich die Gegenpole des menschlichen Handelns, werden auf dem Gebiete des sozialen Lebens im wesentlichen dieselben Ziele erreichen, wenn beide nur von allen mit der gleichen Kraft und Einsicht betätigt werden.

Dieser Zustand einer gleichmäßigen Verbreitung der Selbstsucht oder der Hingebung über alle Schichten der Gesellschaft ist aber durch die Einwirkung der sozialen Machtverhältnisse seit jeher gründlich abgeändert worden; denn die Machthaber in Staat, Kirche und Gesellschaft haben es in allen Zeiten und Ländern verstanden, ihre egoistischen Bestrebungen als die Interessen der Gesamtheit hinzustellen und sie so in Ideale der breiten Volksmassen zu verwandeln. Eine folgerichtige Erziehung aller Staatsbürger in Schule und Leben sorgt dafür, daß diese scheinbar so unnatürliche Lebensauffassung zum Gemeingut der weitesten Volkskreise gemacht wird.

Am klarsten kann man diesen Prozeß bei den alten Monarchien der europäischen Kulturländer beobachten. Ursprünglich waren die Monarchien kaum mehr als große, durch Krieg und

Seirat zusammengedachte Landgüter der Dynastien, bei deren Erwerbung das Wohl des Volkes oder gar der breiten Volksmassen jedenfalls die letzte aller Rücksichten war. Aber noch heute ist z. B. Oesterreich ein zusammengeheirateter Staat, der fast nur durch die Gemeinshaft der Dynastie zusammengehalten wird. Ebenso war Preußen bis zum Auftauchen der deutschen Einheitsbestrebungen ein reiner Hohenzollernstaat, und selbst nach Gründung des Deutschen Reiches hat Kaiser Wilhelm I. dieses mitunter als ein verlängertes Preußen bezeichnet. Dennoch gelang es den Dynastien Habsburg und Hohenzollern, in ihren Völkern für diese Familienschöpfungen einen kräftigen Patriotismus zu entfachen, der zwar in Oesterreich durch die nationalen, in Deutschland durch die sozialen Strömungen immer mehr zerfressen wird, aber noch heute die Grundlage jener mächtigen Monarchie bildet. Ebenso könnte man an allen andern Staaten, Monarchien und Republiken ohne Schwierigkeit erweisen, daß die Interessen einzelner Familien und Gruppen durch künstliche Erziehungsmaßregeln in Ideale der breiten Volksmassen verwandelt worden sind.

Aber dieser Prozeß ist keineswegs auf das Leben der Staaten und ihrer Mitglieder beschränkt. Auch die Kirchen predigen überall ihren Gläubigen Gehorsam und Frömmigkeit, d. h. Unterwerfung unter die persönlichen Interessen der Priesterschaft. Desgleichen empfiehlt jeder Dienstherr seinen Untergebenen Diensttreue und Anhänglichkeit und wird dabei von Staat und Kirche eifrig unterstützt. Kurz, wer in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft eine soziale Machtstellung besitzt, verlangt nicht nur, daß seine Herrschaft von den Beherrschten respektiert, sondern auch, daß sie von ihnen als eine Wohltat und als ein idealer Zustand empfunden wird.

Die breiten Volksmassen müssen diesen falschen Idealismus abstreifen und ihre Ideale dem eignen Interessentum entnehmen. Nun verfolgt aber jedermann, welche Stellung er auch in der Gesellschaft einnehmen mag, zwei wesentliche Lebenszwecke. Erstens die Erhaltung und Förderung eines individuellen Daseins, zweitens die Fortpflanzung der Gattung. Der erste Zweck umfaßt die körperliche Unversehrtheit, die Befriedigung der Leiblichen Bedürfnisse nach Nahrung, Wohnung und Bekleidung, die Pflege des geistigen Lebens durch Kunst und Wissenschaft; der zweite Lebenszweck bezieht sich auf ein geordnetes Familienleben. Deshalb muß fortan nicht das persönliche Interesse einzelner Personen und Gruppen, sondern ein voll-

* Aus dem letzten nachgelassenen Werk des Professors Anton Menger: Volkspolitik, Verlag von G. Fischer, Jena.

forderte insgesamt eine Summe von 2653296 Mk., macht pro Organisation im Durchschnitt 61704 Mk. Die Statistik der Stein- arbeiter für 1907 ergibt auf 20000 Mitglieder 10600 Arbeitslose gleich 53 Prozent, die von einer bis zu sechs Wochen und darüber arbeitslos waren. Bei einer Unterfütterung von pro Tag 1 Mk. wäre eine Summe von 248324 Mk. erforderlich. Wird eine Unterfütterung von 75 Pfg. pro Tag gezahlt, so ist die Summe von 182493 Mk. notwendig. Dadurch würde der Beitrag für nur Unterfütterungszwecke mindestens auf 20 Pfg. pro Woche erhöht werden müssen. Dies dürfte aber bei dem schlechten Verdienst, der in einigen Branchen und Arbeitsplätzen erzielt wird, nicht möglich sein und daher sind die dazu gestellten Anträge unzulässig.

Als warmer Befürworter der Arbeitslosenunterstützung erhält als erster Redner Seidel-Dresden das Wort. In Dresden ist dieser Unterstützungszweig auf lokalem Wege eingeführt, wird aber nicht als maßgebend für die Gesamtorganisation bezeichnet, ebenso wenig will Redner die vorliegenden statistischen Erhebungen des Vorstandes für ein getreues Spiegelbild der Arbeitslosigkeit im Beruf gelten lassen. Der heutige Arbeiter soll alle Anforderungen, die der Klassenkampf stellt, erfüllen, er soll kein Streikbrecher sein, er soll seine Parteizettelung lesen und seine Beiträge bezahlen, mithin ist die Organisation aber auch verpflichtet, ihn während der Erwerbslosigkeit zu unterstützen, damit er seine Pflichten erfüllen kann. Wenn die Arbeiterklasse warten will, bis der Staat eingreift, um die Opfer der Produktionsmethode vor dem Verhungern zu schützen, so bürdet sich noch viel Opfer an Leben und Gesundheit zu bringen sein. Das Verhalten der Maurer zu dieser Frage kann für die Steinarbeiter durchaus nicht maßgebend sein. Auch die Beitragsverhöhung wird kein Hindernisgrund für die Einführung bilden. Die Gegner der Arbeitslosenunterstützung führen als Hauptgründe die Erhöhung der Beiträge ins Feld, weil sie dadurch die Erträge in der Agitation geschmälert sehen, und die Erhebung der Beiträge unmöglich halten. Die Gauleiter des Verbandes sind fast durchweg auf Grund ihrer Erfahrungen Gegner der Erwerbslosenunterstützung sowie Gegner jeder Neuordnung der Kranken- und Krankenunterstützung.

Ger mann-Leipzig widerspricht dem Kollegen Seidel. Wenn die Erwerbslosenunterstützung eingeführt werden soll, müßte in Leipzig der Beitrag um 70 Prozent erhöht werden. Ein L-München verweist auf die Neuerungen des bayrischen Landtagsabgeordneten Genossen Simon, der die Not und das Elend der arbeitslosen Bevölkerung im Landtag geschildert und den Staatsvertretern sagte, daß der Staat sich einer Unterstützungsbilanz nicht mehr entziehen könne, die Organisation sei ebenfalls verpflichtet, für die arbeitslosen Mitglieder zu sorgen.

Wunderlich-Chemnitz kann die Einführung der Erwerbs- losenunterstützung nicht befürworten, denn die Agitation in den Druckgebieten werde erschwert.

Mittler-Würzburg eruchtet die Delegierten, die Frage der Einführung der Erwerbslosenunterstützung genau zu prüfen. Nach Einführung derselben sei es ihm unmöglich, in den Druck- distrikten noch weitere Erträge zu erzielen.

Die Delegierten des Striegauer Granitgebietes sind ebenfalls Gegner der Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Zu diesem Punkt haben nicht weniger als wie 49 Redner gesprochen.

Walter nimmt das Schlusswort und verteidigt in sehr ge- schickter Weise den Standpunkt des Zentralvorstandes.

Es wird nun zur Beratung über die Anträge zu Punkt Organisation übergegangen, deren Zahl 71 beträgt.

In namentlicher Abstimmung wird mit 49 gegen 16 Stim- men die Einführung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt.

Das Ergebnis der Beratung spiegelt sich weiter in folgenden Beschlüssen wieder: Den Steinarbeitern, die aus andern Ver- bänden übertreten, soll ihre Beitragsleistung umgerechnet werden. Für den Uebertritt ist nur eine Erbsparmarke zu lösen. Ferner sollen Mitglieder, die in einem andern Beruf beschäftigt sind, wenn sie nicht übertreten, allmähentlich den vollen Beitrag entrichten.

Mindererwerbsfähige Kollegen erhalten im Krankheitsfalle, unbekümmert ihrer mehrjährigen Beitragsleistung, nur immer den ersten Satz (27 Mk.) der Unterstützung, und sind solche Mitglieder dem Vorstand zu melden.

Ferner wird der Vorstand beauftragt, monatliche Statistik- karten auszugeben, auf deren Grundlage der Generalversamm- lung 1910 eine Vorlage über die Erwerbslosenunterstützung zu unterbreiten ist.

Sechster Verhandlungstag.
Ueber den Punkt

Statistik

referiert Siebold: Seit zwei Jahrzehnten befassen sich die Steinarbeiter mit statistischen Aufnahmen. Auf Grund des erst gesammelten statistischen Materials wendeten die Steinmehrer sich Ausgangs der 80er Jahre gegen das damals beschlossene Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz. Die Aufnahmen bewiesen, daß die Steinmehrer in den seltensten Fällen das 70. Jahr erreichten und deshalb Befreiung von der Arbeitspflicht forderten. Redner beweist an Beispielen des Entwicklungsgesetzes, daß die statistischen Aufnahmen in keinem Staatsgebilde fehlen können; wohl können die amtlichen Statistiken als photo- graphische Aufnahme der Bevölkerung gelten, für die Arbeiter- bewegung bieten sie aber nicht genug. Aus diesem Grunde muß die Arbeiterchaft selbst die Statistik pflegen, um die gesund- heitschädliche Einwirkung des Berufs sowie die Lebensdauer der Steinarbeiter und den Durchschnittsverdienst festzustellen.

Der Referent legte nachstehende Resolution vor:

„Die dritte Generalversammlung des Deutschen Stein- arbeiterverbandes im April 1908 zu Kassel betrachtet statistische Erhebungen, veranstaltet von der Organisation, für eine ge- werkschaftliche Notwendigkeit; schon deshalb, weil diese Erhebun- gen das beste Mittel darstellen, um die wirtschaftliche Lage der in der Steinindustrie tätigen Arbeiter erforschen und überblicken zu können. Um nun eine bessere Beteiligung der Mitglieder an diesen statistischen Erhebungen herbeizuführen, wie bisher, be- schließt die Generalversammlung folgendes:

1. Die persönlichen Statistikarten, die vom 1. Juli bis 30. Juni des jeweils folgenden Jahres Gültigkeit haben, sind von jedem Mitgliede des Deutschen Steinarbeiterver- bandes zu führen; allwöchentlich wahrheitsgetreu auszu- füllen und nach Ablauf der Erhebungszeit an die Ortsver- waltungen gegen einen entsprechenden Stempelvermerk im Mitgliedsbuch resp. Karte abzugeben.

2. Die Ortsverwaltungen haben die Pflicht, die persönlichen Ergebnisse auf ein dazu vom Vorstand überwiesenes For- mular nebst Anleitung zusammenzustellen und diese Zu- sammenstellung mit dem Material dem Verbandsvorstand zu überreichen. Wo am Orte keine geeigneten Kräfte vor- handen sind, die Zusammenstellung vornehmen zu können, werden die persönlichen Statistikarten dem Zentralvorstand übermittelt.

3. Dem Zentralvorstand und Ortsverwaltungen, überhaupt allen Verbandsfunktionären wird zur Pflicht gemacht, die Mitglieder stets auf die Notwendigkeit der statistischen Er- hebungen hinzuweisen; eventuell haben die einzelnen Orts- verwaltungen von Zeit zu Zeit entsprechende Kontrollen über die Führung der persönlichen Statistikarten auszu- üben. Die Ausnutzung der Verbands-Unterstützungsein- richtungen (Streik-, Maßregelungs-, Reise-, Kranken- sowie Sterbunterstützung und Rechtsschutz) ist auf Grund früherer Beschlüsse von der Beteiligung an der persönlichen Statistik abhängig gemacht. Wird diesem von den Mit- gliedern und ihren Vertrauenspersonen die nötige Beach- tung geschenkt, dann wird das Resultat der Statistik zu

dem, was es sein soll: Ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Lage der Steinarbeiter.“

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Die Kommission erstattet Bericht und beantragt, den Sitz des Verbandes in Leipzig und den Ausschuß in Dresden zu belassen. Es wird demgemäß beschloffen.

Ueber die Regelung der Gehälter entspinnt sich eine leb- hafte Debatte, in der Knoll und Staudinger energisch für Beibehaltung des Wohnungszuschusses der Gauleiter ein- treten. Das Grundgehalt derselben soll 1900 Mk. betragen und jährlich um 50 Mk. steigen bis zum Höchstgehalt von 2200 Mk., ebenfalls soll der Wohnungszuschuß von 100 Mk. weiter gezahlt werden. Auch die Regelung der Tagegelder für die Beamten, Besucher des Kurkurs in Berlin und der Verbandstagsdelegierten wird angenommen und um ein Geringes erhöht.

Zum Gewerkschaftskongreß werden gewählt: Starke, Staudinger, Geue-Berlin, Maus-Bremen.

Der Antrag Eberfeld: „Der Vorstand hat die Wege zur Verschmelzung zu einem gemeinsamen Bauarbeiterverband einzuleiten, wobei jede jetzt bestehende Organisation als Sektion weiter zu bestehen hat, wenn selbige 25 000 Mitglieder zählt“, wird dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Ferner bestimmt der Verbandstag, daß einigen Zahlstellen, denen die Gemakregelungs- und Streikunterstützung vom Vor- stand zu Unrecht verweigert wurde, nachträglich bezahlt wird. Das Protokoll der Verhandlungen soll zum Selbstkosten- preis abgegeben werden.

Als Vorsitzender wurde Starke, als Kassierer Geiß, als Sekretäre Siebold und Walter und als Redakteur Staudinger wiedergewählt.

Von der Mitgliedschaft Berlin gelangt ein Brief zur Ver- lesung, worin die Behauptung, daß die Berliner Streikarbeit beim Streik im Muschelkalkgebiet angefertigt haben, energisch zurückgewiesen wird.

Damit sind die Verhandlungen des dritten Verbandstages erledigt.

Der dritte internationale Steinarbeiter- kongreß

begann am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, im Gewerkschafts- haus zu Kassel.

Der internationale Sekretär Kolb-Zürich eröffnete den Kongreß und begrüßte die erschienenen Delegierten. In seiner Ansprache verweist er auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Dauerlicherweise haben mit Ausnahme Deutschlands die einzelnen Länder die Quartalsberichte sehr unpünktlich ein- geschickt.

Mit der englischen Organisation war es nicht möglich, Ver- bindungen herzustellen, ebenso verhielt sich die Organisation der Steinarbeiter von Nordamerika ablehnend.

Dem internationalen Sekretariat sind folgende Länder an- geschlossen:

	Mitglieder	Kassenbestand Franken
Deutschland	20 000	625 000.—
Belgien	5 000	—
Oesterreich	4 137	—
Schweden	5 200	100 800.—
Ungarn	1 262	—
Serbien	70	—
Holland, noch nicht definitiv angechl.	260	—
Schweiz	2 000	14 010.27
Spanien	2 300	—
Dänemark	88	1 822.06
Norwegen	700	24 857.02
Böhmen (Prag), noch nicht angeschlossen	3 243	20 829.—

- Die Tagesordnung ist folgende:
1. Festsetzung der Tagesordnung.
 2. Bericht des Sekretariats.
 3. Reglement des Sekretariats.
 4. Betreffend Sonderorganisationen.
 5. Schaffung einheitlicher Quittungsbücher.
 6. Der Arbeiterschutz in der Steinindustrie.
 7. Emigration.
 8. Wahl des Vororts des internationalen Sekretariats.
 9. Unvorhergesehenes.

Zu dieser Tagesordnung liegt ein Regulativ des inter- nationalen Sekretariats vor, ebenso Anträge der österreichischen Landesorganisation.

Genosse Kolb bittet, um die Verhandlungen nicht zu lang auszudehnen, sich bei den Reden möglichst kurz zu fassen. Gewählt werden als 1. Vorsitzender: Starke-Leipzig, 2. Vorsitzender: Jensen-Kopenhagen, Schriftführer: Sirot- tel-Wien. Anwesend sind die Delegierten aus folgenden Ländern: Schweiz, Ruffmann; Oesterreich, Sirotek; Ungarn, Schlenker; Schweden, Walquist; Dänemark, Jensen und Nielsen; Holland, Sino; Kolb, internationaler Sekretär, Zürich. (Spanien, Belgien und Frankreich haben sich entschuldigt, den Kongreß nicht besichtigen zu können.) Als Uebersetzer fungieren Janzon-Berlin und Kolb-Zürich.

Als Vertreter des Bildhauerverbandes Deutschlands ist Gen. Welter-Berlin, als Vertreter des Steinsekerverbandes ist Gen. Knoll anwesend.

Als Delegierte des Deutschen Steinarbeiterverbandes sind erschienen Kollege Geiß, Starke, Staudinger, Walter, Siebold-Leipzig, Adler-Pirna, Steglitz-Dresden, Nothe, Rüdgers, Lohse-Striegau, Braun-Strasbourg, Herrmann-Köln, Arnold-Mann- heim, Bergbauer-Hemsbach, Weindl-Kappelrobeck, Eisner-Dresden.

Auf Vorschlag des Bureaus wird dem holländischen Dele- gierten Eino Sitz und Stimme beim Kongreß eingeräumt, nach- dem er erklärt hat, daß sich die holländische Steinarbeiterorgani- sation demnächst dem internationalen Sekretariat anschließen werde.

Zu dem Punkt: Einführung einheitlicher Quittungsbücher für die dem Sekretariat angeschlossenen Landesorganisationen, wurde beschloffen, das internationale Sekretariat soll ein Klischee beschaffen, den Landesorganisationen zustellen, mit dem die Quittungsbücher und Mitgliedsbücher abgestempelt werden, so daß eine Kontrolle über die Mitglieder solcher Landesorgani- sationen vorhanden ist, die dem internationalen Sekretariat angehören.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Schaffung einheitlicher Quittungsbücher soll nach Mög- lichkeit eingeführt werden in den einzelnen Ländern; das inter- nationale Sekretariat soll ein solches Muster ausarbeiten und den einzelnen Landesverbänden zur Durchsicht zustellen.

Ueber die Ausbringung der Streikunterstützung in den ein- zelnen Ländern wird folgende Resolution angenommen:

„Zur erfolgreichen Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe empfiehlt der Kongreß allen dem internationalen Sekretariat angehörenden Verbänden ihre Beitragsleistung der Mitglieder so zu gestalten, daß sie jederzeit in der Lage sind, ihre Lohnkämpfe aus eigenen Mitteln führen zu können.“

Art. 11. Bei Ausbringung der Mittel zur Unterstützung ist es den Streikkomitees untersagt, sich an die Zahlstellen der fremden Länder zu wenden. Die Zuweisung eingelaufener Gelder kann eingestellt wer- den, wenn über den Verlauf solcher Streiks und Aussperrungen nicht wöchentlich mindestens einmal Bericht eingeschickt wird. Art. 12. Bei größeren Streiks und Lohnbewegungen ist

dem Sekretariat stets sofort Mitteilung zu machen, damit Be- nachrichtigung der übrigen Länder erfolgen kann.“

Zu Punkt 6 war als Referent-Kollege Staudinger vorgezogen. Wegen vorgerückter Zeit mußte auf dieses Referat Verzicht geleistet werden. Nachfolgende Resolution zu diesem Punkt fand einstimmige Annahme:

„In Erwägung, daß die Gesundheitschädlichkeit sowie auch die Unfallhäufigkeit in der gesamten Steinindustrie eine geradezu enorme ist, werden die einzelnen Landesorganisationen beauf- tragt, bei ihren Regierungen die Forderungen für einen speziellen Schutz der Steinarbeiter energisch zu betreiben. Um dieses mit Nachdruck fordern zu können, sind alle Landesorgani- sationen verpflichtet, periodische Erhebungen anzustellen, welche ein Spiegelbild über unsern ungeheuren Beruf und weitere Schlüsse auf die soziale Lage der Steinarbeiter geben sollen. Die Erhebungen sollen mindestens folgende Punkte um- fassen:

1. Wie lang ist die tägliche Arbeitszeit und wie hoch ist der jeweilige Stundenlohn?
2. Ist Arbeitbarkeit vorherrschend oder besteht das Zeitlohn- system? (Stunden- oder Wochenlohn?)
3. In welcher Weise grassiert unter den Steinarbeitern die sogenannte Berufskrankheit, die Lungenschwindsucht? Hier ist besonders festzustellen, wie lange die Krankheitsdauer bei den Betroffenen anhält.
4. Die Erhebungen haben sich zu erstrecken über die Unfall- häufigkeit.
5. In welcher Weise grassiert das Lehrlingsunwesen und die Frauenarbeit in unserm Beruf?
6. Sind für die Arbeiter zum Schutze gegen die Unbilden der Bitterung geeignete Werkstätten und sonstige Unter- kunftsräume vorhanden?

Diese statistischen Erhebungen sind unbedingt nötig, weil den Regierungen nur dann Arbeiterschutzbestimmungen abge- rufen werden können, wenn unseits unumstößlich nachge- wiesen werden kann, welche ungeheure Morbiditäts- und Morta- litätsziffern sich für unsern Beruf ergeben. In Deutschland starben von 100 Steinarbeitern nicht weniger als 84 an der Lungenschwindsucht, dergleichen kamen 1906 auf je 100 Be- schäftigte 13,6 Prozent Verletzte.

Als Postulat sind mindestens folgende Forderungen an die Regierungen aufzustellen:

- a) Einführung des achtstündigen Arbeitstages für die Ar- beiter der gesamten Steinindustrie.
- b) Verbot jeglicher Frauenarbeit; ferner dürfen Lehrlinge unter 18 Jahren nicht beschäftigt werden.
- c) Die Werkstätten müssen den modernen Anforderungen in hygienischer Hinsicht völlig genügen.
- d) Bei allen Arbeiten, die mit maschineller Kraft ausgeführt werden, sind wirksame Staubabfangungsapparate anzu- bringen.
- e) Um eine wirksame Kontrolle der Arbeiterschutzbestimmun- gen zu ermöglichen, sind den Gewerbeinspektionen Assisten- ten aus Arbeiterkreisen beizugeben, die Kosten hierfür über- nimmt der Staat.

Das Ergebnis dieser statistischen Erhebungen ist dem inter- nationalen Sekretär zur weiteren publizistischen Verwertung zu überweisen.“

In den nachfolgenden Debatten werden noch ausführlich die Organisations- und schwierigen Agitationsverhältnisse der einzelnen Länder erörtert. Mit Freuden ist zu konstatieren, daß in den meisten Bruderorganisationen sich die Verhältnisse gebessert haben.

Dem Sekretär Kolb wird für die gute Führung der Ge- schäfte gedankt und auf Antrag Decharge erteilt. Als Vorort wird Zürich wiedergewählt, ebenso Genosse Kolb als Sekretär.

Der Präsident Kollege Starke, gab einen interessanten Rückblick und ermahnte die Delegierten, die gefassten Beschlüsse zu beherzigen. Weiter dankte er den Delegierten für die sehr sachlichen Debatten und wünschte ihnen glückliche Heimreise. Mit den Worten von Karl Marx: Proletarier aller Länder ver- einigt euch! schloß er seine Ausführungen.

Mit einem Hoch auf die internationale Steinarbeiter- bewegung wurde der Kongreß geschlossen. Die fremden Dele- gierten sangen darauf die Internationale.

Aphorismen.

In ein Gewebe wanden
Die Götter Freud' und Schmerz,
Sie webten und erfanden
Ein armes Menschenherz. Herber.

Es bleibt sich gleich! — Der Freude wie den Sorgen
Ist stets zum Flug die Schwinge ausgepannt;
Des Menschen Gestern gleichet nie dem Morgen,
Und nichts, als nur der Wechsel, hat Bestand. Schellch.

Literarisches.

A. Janssen. Liberale Bauernpolitik. Preis geb. 1 Mark. Buchverlag der Hilfe, Berlin-Schöneberg. Die Macht der Par- lamente in Deutschland, das Reichstages wie der Landtage, haben die sogenannten konservativen reaktionären Parteien in Händen. In welcher rücksichtsloser Weise sie diese Macht anwenden, ist be- kannt, bekannt ist auch, daß gerade die ländlichen Wahlkreise es sind, der deutsche Bauernstand, der sich immer wieder von den Großgrundbesitzern, den Agrariern, für ihre Sonderinteressen als Stimmvieh gebrauchen läßt.

Der Verfasser ist Lehrer in Oldenburg und entstammt einer Bauernfamilie. Er findet manches treffende Wort, um das Un- recht zu kennzeichnen, in welches die herrschenden Klassen das Volk in seiner Gesamtheit gerade mit Unterstützung der länd- lichen Bevölkerung versetzt haben. Er schildert das Jagdrecht und den Wildschaden, das Wahlrecht im Reich und Preußen, die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat, die Handels- politik, Fleischpreise usw. Er findet auch recht verständige Worte zur Landarbeiter- und Diensthofenfrage, so daß das Buch wirk- lich lesenswert ist und zur Anschaffung empfohlen werden kann. Im gleichen Verlage ist erschienen: Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens. Von Bürgermeister K. D. in B. Preis 1.80 Mark.

Der Verfasser zeigt, wie reaktionär Preußen regiert wird, wie rückständig, unsinnig und unmoralisch die Tendenz sind, mit welchen man den Kulturfortschritt zu hemmen bemüht ist. Es ist jedenfalls ein sehr verdienstliches Werk, das einmal den Schleier gründlich lüftet, der die innere Verwaltung deckt. Wer sich jemals als Sozialdemokrat betätigt hat, ist ja unterrichtet, mit welchen Mitteln die Landratsämter arbeiten, trotzdem ist es nicht uninteressant, was der Verfasser über den Landrat als politischen Beamten und Kommissar der Regierung unter anderem sagt: Danach sind die Sozialdemokraten zu jedem öffent- lichen Amte wegen Unfähigkeit untauglich. Die Militärbehörden verlangen häufig Auskunft, ob jemand Sozialdemokrat ist oder nicht. Deshalb werden die Mitgliederlisten der Vereine stets sorgfältig geführt! Der Gendarm muß alle Flugblätter und Broschüren sammeln, damit der Landrat alles registrieren kann. Der Landrat übt auch die Fremdenpolizei selbst aus durch die Verpflichtung der Ortspolizei zu Meldungen und Berichten. Aus dem Recht zur eventuellen Ausweisung hat man ein Recht zur Erteilung der Aufenthaltserlaubnis herausgestiftet. Der Ver- fasser stellt fest, daß die Verwaltung in Preußen wieder dermaßen reaktionär arbeitet wie in der Zeit nach 1848. Auch dieses Buch ist lesenswert.